Bevölkerung, Erwerbstätigenangebot und Aufsaugefähigkeit der deutschen Wirtschaft 1925/32

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines

Doktors der wirtschaftlichen Staatswissenschaften

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der Martin-Luther-Universität

Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Werner Noack

Diplom-Kaufmann

aus Berlin

Berichterstatter: Professor Dr. G. Jahn

1934

Druck: Triltsch & Huther, Berlin

BIBLIOTHEEK
RIJKS U.
UNIV.
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
	Das Problem	5
I.	Teil: Analyse des Arbeitsmarktes	7
	a) Die Angebotsseite	7
	b) Die Nachfrageseite	10
II.	Teil: Untersuchung der Angebotsseite	13
	A. Methode der Untersuchung	13
	B. Veränderungen im Erwerbstätigenangebot 1907 bis 1925	15
	C. Ursachen dieser Aenderungen im Erwerbstätigenangebot	17
	1. Ausschaltung formal-statistischer Ursachen	17
	2. Altersaufbau:	21
	a) Frauen	21
	b) Männer	25
	c) Die Gesamtbevölkerungsstruktur	26
	3. Geschlechterverteilung	31
	4. Betriebsamkeit:	32
	a) Frauen	32
	b) Männer	34
	5. Heeresverfassung	36
	D. Die Entwicklung der Nachzählungsjahre 1926/32	36
	E. Vergleich mit der Entwicklung 1907/14	40
III.	Teil: Untersuchung der Nachfrageseite	43
	A. Das Objekt der Untersuchung	43
	B. Begriff des Kapitals und Methode der Untersuchung	44
	C. Die Symptome der Kapitalbildung:	45
	1. Die Spareinlagen	47
	a) Sparkassen	47
	b) Genossenschaften	48
	2. Die Kapitalanlagen der Versicherungen:	50
	a) Lebensversicherungen	50
	b) Sozialversicherung	52
	3. Die Hauszinssteuerhypotheken	53
	4. Emissionen	54
	5. Die Bankkreditoren	55
	6. Die Auslandsanleihen	56
	7. Vergleich der Kapitalbildung 1907/14 und 1925/30	57
	Das Ergebnis der Arbeit	59

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41534918_0077

Das Problem.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschland der Nachkriegszeit, die bald nach Beendigung der Inflation einsetzte und im Laufe der Jahre 1926 bis 1932 ein nie gekanntes Ausmaß annahm, läßt die Frage entstehen, ob hierfür allein konjunkturelle Momente und die Weltwirtschaftskrise verantwortlich zu machen sind, oder ob noch andere als diese Ursachen mitgewirkt haben mögen. Die lange Dauer dieser Erscheinung legt diese Vermutung nahe. Denn während früher die rein konjunkturell bedingten Perioden des Arbeitsmangels ihrem Wesen nach in stets verhältnismäßig kurzer Zeit Perioden der Vollbeschäftigung, ja des Arbeitermangels im Aufschwung Platz machten, haben wir jetzt seit Eintritt „normaler" wirtschaftlicher Verhältnisse mit Stabilisierung unserer Währung eine ununterbrochene Zeit der Beschäftigungslosigkeit breiter Arbeitermassen, die, wenn auch in ihrem Umfange wechselnd, in ihrer Grundrichtung doch stets stärker auftrat und ihren Höhepunkt im Winter 1932/33 mit über sechs Millionen Arbeitslosen erreichte.

Die Beantwortung dieser Frage, ob die deutsche Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit lediglich eine Folge konjunktureller Momente ist, oder ob noch andere Ursachen hierfür verantwortlich oder wenigstens mitverantwortlich zu machen sind, deren Auswirkungen es selbst in Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs nicht zu einer vollen Aufsaugung der Arbeitslosen kommen ließen, ist aber deshalb von um so größerer Bedeutung, weil von ihrem Ausfall der Weg abhängt, den man zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuschlagen hat. Denn kommt man zu dem Ergebnis, daß die Beschäftigungslosigkeit der deutschen Arbeiter nicht oder nicht nur eine Folgeerscheinung des Konjunkturablaufs ist, dann kann man auch nicht vom bloßen Ablauf der Konjunktur eine Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß erwarten, muß vielmehr andere Wege einschlagen, die mit einer eigentlichen Konjunkturpolitik nichts zu tun haben. Die Stärke aber der deutschen Arbeitslosigkeit und ihr ungeheurer Einfluß auf unser ganzes kulturelles und soziales Leben, welche die Wiedereingliederung der Arbeiter in den Wirtschaftsprozeß zum Angelpunkt aller staatlichen Wirtschaftspolitik gemacht haben, rechtfertigt eine Untersuchung der Gründe, die für die heutige deutsche Wirtschaftslage von größerem Belang sein könnten, wenn auch die Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit nur einen bescheidenen Versuch darstellen kann.

Wenn hier die Gründe, die für die deutsche Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen sind, untersucht werden sollen, so muß Ansatzpunkt einer solchen Untersuchung die Stelle sein, an der die Arbeitslosigkeit in Erscheinung tritt. Bei unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, deren Eigenart es ist, daß die Träger der Arbeitskraft und die Besitzer der Produktionsmittel getrennte Gruppen innerhalb der Gesamtheit darstellen, müssen die Arbeitsleistungen ebenso wie die Sachgüter im Marktverkehr um-

gesetzt werden[1]). So entsteht als Konsequenz der Trennung von Angebot und Nachfrage der Markt, auf dem dieser Austausch stattfindet, der Arbeitsmarkt, hier in des Sinnes weitester Bedeutung nicht nur für abhängige, sondern auch für selbständige Arbeit verstanden.

Betrachtet man somit den Arbeitsmarkt, auf dem sich Angebot und Nachfrage treffen, so können die Gründe für deren Auseinanderfallen — denn als ein solches stellt sich ja die Arbeitslosigkeit dar — sowohl auf seiten des Arbeitsangebotes als auch auf seiten der Nachfrage nach Arbeit liegen, so daß sich auch die Untersuchung auf beide Seiten zu erstrecken hat, wobei wir es hier in dieser Arbeit in erster Linie darauf abstellen wollen, zu sehen, ob die Entwicklung des Arbeitsangebotes als Faktor der Arbeitslosigkeit gewirkt haben könnte. Ergänzend käme dann hier die Nachfrageseite in Betracht. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Zweiteilung der Arbeit in eine Untersuchung der Angebots- und in eine solche der Nachfrageseite, wobei das Resultat der ersten Untersuchung, die Feststellung des Angebotes an Arbeitskräften, die Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft anzeigt, die ergänzende Untersuchung der Nachfrageseite aber ergeben wird, ob, wieweit und aus welchen Gründen die Wirtschaft in der Lage war, dieser Aufgabe zu genügen.

Vorauszugehen hat also eine Analyse der Angebots- und eine solche der Nachfrageseite, eine Zerlegung in die einzelnen bestimmenden Faktoren, deren Untersuchung im zweiten und dritten Teil der Arbeit uns sodann Aufschluß darüber geben wird, ob unsere Vermutung, daß die deutsche Dauerarbeitslosigkeit der Nachkriegszeit noch auf andere Faktoren als die Konjunktur und die Weltwirtschaftskrise zurückgeht, zu Recht besteht.

[1]) Handw. d. Staatswissensch. Art. Arbeitsmarkt.

TEIL I.

1. Analyse des Arbeitsmarktes.

a) Die Angebotsseite.

Der erste Schritt zur Lösung unserer Aufgabe erfordert demnach eine Untersuchung des Arbeitsmarktes von der Angebotsseite aus. Das Arbeitsangebot wird gebildet durch den wirtschaftlich tätigen oder zur Tätigkeit bereiten Teil der Bevölkerung. Wenn wir hier die Seite des Arbeitsangebots einer Untersuchung unterziehen wollen, so bedeutet dies den Versuch, aus der Bevölkerungsentwicklung als der Grundlage jeglichen Arbeitsangebotes heraus eine Erklärung für die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit geben zu wollen. Das bedingt aber eine Gegenüberstellung der Bevölkerung zu verschiedenen Zeitpunkten, da die Untersuchung zu nur einem Punkte uns wohl absolute Zahlen an die Hand geben kann, nicht aber Veränderungen im Angebot in Erscheinung treten läßt, die, wie überall, uns erst Aufschlüsse über die Bedeutung der absoluten Zahlen ermöglichen. Als Vergleichszeiträume sollen hier die Jahre 1907 bis 1914 und 1925 bis 1932 herangezogen werden. Hieraus allein kann sich dann ergeben, ob die Bevölkerungsentwicklung und damit die Entwicklung des Arbeitsangebotes an der derzeitigen Wirtschaftslage teilhat.

Die hierin eingeschlossene Frage nach dem Vorhandensein einer relativen Ueberbevölkerung und einer Steigerung des Arbeitsangebotes gegenüber der Vorkriegszeit will zunächst eigenartig erscheinen, da bekanntlich mit dem Eintritt in den Krieg der bereits vorher leicht einsetzende Geburtenrückgang sich verstärkte und nun fast zum Verschwinden des Bevölkerungswachstums geführt hat. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl aber, die noch besonders durch den Kriegstod von ca. 2 Millionen Männern, 750 Tausend Opfern der Hungerblockade und den Ausfall von annähernd 3 Millionen Geburten während des Krieges auf das stärkste beeinflußt worden ist, kann nicht allein zur Untersuchung des hier zu erörternden Problems herangezogen werden, denn die Bevölkerungszahl als solche gibt noch kein Bild von der tatsächlichen Gestaltung des Arbeitsangebotes, wenn sie auch den äußersten Rahmen abgibt, innerhalb dessen ein Arbeitsangebot in einem Lande naturgemäß auftreten kann, soweit man von ausländischen Arbeitskräften absieht.

Welches sind nun die einzelnen Faktoren, die für das Arbeitsangebot maßgebend sind? In ausschlaggebender Weise wird das Angebot an Arbeitskräften innerhalb des durch die Bevölkerungszahl gegebenen Rahmens bestimmt durch den Bevölkerungsaufbau, d. h. durch die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Altersklassen, wobei die Besetzung der produktiven Altersklasse, die die Spanne vom 15. bis 65. Lebensjahr umfaßt, das Hauptkontingent des

Arbeitsangebotes stellt. Eine Veränderung dieser Altersklassen und damit des Arbeitsangebotes absolut und im Verhältnis zur Gesamtbeölkerung kann die verschiedensten Ursachen haben. Den natürlichsten Grund einer Veränderung der produktiven Altersklassen bildet das Wachstum der Bevölkerung. Die Erwerbsfähigen vermehren sich in dem Maße, in welchem die Geborenen zurückliegender Jahre in das erwerbsfähige Alter gelangen, wofür die um 15 Jahre zurückliegenden Jahrgänge maßgebend sind. Durch dieses Hereinwachsen in das erwerbsfähige Alter entsteht die natürliche Zuwachsrate zum Arbeitsmarkt. Aber nicht schlechthin diese zurückliegenden Geburtenjahrgänge können als Maßstab der Zuwachsrate der erwerbsfähigen Bevölkerung genommen werden, da für den Zustrom zum Arbeitsmarkt nicht die Geborenen als solche in Frage kommen, sondern nur die, die das erwerbsfähige Alter wirklich erreicht haben. Für das Neuangebot an Arbeitskräften aus dieser Quelle kommt somit nur eine durch die Sterblichkeitsverhältnisse modifizierte Geburtenziffer in Betracht. Hierdurch tritt also zu dem Faktor der natürlichen Volksvermehrung der der Sterblichkeitsverhältnisse hinzu, die, wie bekannt, sich gerade in den jüngeren Altersklassen erheblich gebessert haben. Dieser Faktor kann somit bewirken, daß trotz zurückgehender Geburtenhäufigkeit dennoch ein gleichbleibender oder sogar verstärkter Zustrom in die erwerbsfähigen Altersklassen erfolgt, der dann auch von Einfluß auf das Arbeitsangebot sein muß.

Ebenso wie ein Hineinwachsen der jüngeren Altersklassen, der noch nicht Erwerbsfähigen, in das produktive Alter kontinuierlich vor sich geht, erfolgt ein Hineinwachsen einerseits in das nicht mehr erwerbsfähige Alter über 65 Jahre, anderseits ein Ausscheiden aus diesem Alter durch den Tod. Auch für diese Fälle wiederum sind die Sterblichkeitsverhältnisse, die Lebens- und Erwerbsdauererwartung, von ausschlaggebender Bedeutung und verursachen tiefgehende Veränderungen in den produktiven Klassen. Alle diese Gründe aber verändern den Altersaufbau der Bevölkerung und machen einfache Rückschlüsse von der Bevölkerungszahl auf die Stärke des Arbeitsangebotes unmöglich. Bei gleicher Bevölkerungszahl wird das Arbeitsangebot ein ganz anderes sein, wenn die Bevölkerung den progressiven Typ darstellt, als wenn es sich um den stationären oder gar regressiven Bevölkerungstyp handelt[2]). Die Sterblichkeitsverhältnisse bilden demnach neben der Fruchtbarkeit der Bevölkerung — der Geburtenziffer — einen wichtigen, nicht zu vernachlässigenden Faktor, der seinen Niederschlag im Bevölkerungsaufbau findet.

Nächst dem Bevölkerungsaufbau und hier der Besetzung der erwerbsfähigen Altersklassen ist für das Angebot an Arbeitskräften die Betriebsamkeit der Bevölkerung von größter Bedeutung. Wenn auch die Jahrgänge der Erwerbsfähigen das potentielle Arbeitsangebot ungefähr darstellen und anzeigen, welches Angebot an Arbeitskräften im höchsten Falle auftreten könnte, so kann doch für unsere Untersuchung nur das virtuelle Arbeitsangebot herangezogen werden, d. h. nur das Angebot, das wirklich auf dem Arbeitsmarkt auftritt. Auch hier können sich im Laufe der Zeit große Aenderungen

[2]) Sundbärg. a.a.O. S. 4 ff/Mombert, Wandlungen, a.a.O. S. 36.

ergeben, bedingt durch wirtschaftliche und psychologische Momente, die zusammen mit den anderen Faktoren die Erwerbsziffer — Verhältnis des erwerbstätigen zum unproduktiven Teil der Bevölkerung — bedeutsam verändert und so auch die alleinige Berücksichtigung des Altersaufbaus für unsere Zwecke verbietet. Wir haben somit auch noch die Betriebsamkeit in unsere Untersuchung einzubeziehen.

Außer der Zahl der Erwerbsfähigen, die auch erwerbstätig sind, kommen noch die Erwerbstätigen jener Altersklassen in Betracht, die noch nicht oder nicht mehr im eigentlich erwerbsfähigen Alter stehen. Auch hier sind große Aenderungsmöglichkeiten gegeben, die ihre Ursachen in wirtschaftlichen Verhältnissen, der Ausbildungsdauer, den gesetzlichen Bestimmungen etc. haben können.

Ein weiterer Faktor der Beeinflussung des Arbeitsangebotes liegt in der Verteilung der Geschlechter. Wenn auch hier im allgemeinen eine gleich starke Besetzung der einzelnen Altersklassen vorhanden sein dürfte, so können doch durch Ereignisse wie den Krieg Verschiebungen stattgefunden haben, die stark genug sind, um ihren Niederschlag in der Sphäre der Wirtschaft zu finden, und so eine Untersuchung erheischen.

Außer diesen das Arbeitsangebot am stärksten beeinflussenden Faktoren wird das Arbeitsangebot noch durch die jeweilige Heeresverfassung berührt, die einen größeren oder kleineren Teil der männlichen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt fernhält.

Ferner sind bei Betrachtung über den eigentlichen Stichtag der Zählung hinaus die Auswanderungen, Rückwanderungen und Zuwanderungen bei der Entwicklung des Angebotes zu berücksichtigen, die aber nur unbedeutende Aenderungen im 20. Jahrhundert hervorgerufen haben dürften.

Weiterhin wird durch ausländische Arbeiter, Wanderarbeiter, das Arbeitsangebot verstärkt, wenn auch dieser Faktor besonders durch die gesetzlichen Bestimmungen der Nachkriegszeit an Bedeutung verloren hat.

Zu diesen Untersuchungen ist es aber notwendig, eine Trennung des weiblichen vom männlichen Teil der Bevölkerung durchzuführen und die Wirkungen all dieser Faktoren auf beide Bevölkerungsteile gesondert zu erforschen, um so das tatsächliche Arbeitsangebot genau errechnen zu können. Die oben angeführten Faktoren sind von so verschiedener Bedeutung für diese beiden Bevölkerungsgruppen, daß eine Zergliederung unumgänglich ist. So wird z. B. die Aenderung der Betriebsamkeit bei den Frauen stärker in Erscheinung treten als bei den Männern, bei denen fast die obere Grenze der Erwerbstätigkeit erreicht ist. Auch die Geschlechterverteilung mit der dadurch beeinflußten Heiratsaussicht wird eine Aenderung nur bei der Erwerbstätigkeit der Frauen ausüben, während z. B. die Heeresverfassung nur für das männliche Arbeitsangebot von Bedeutung sein kann.

Für beide Teile, Männer und Frauen, sind also die Veränderungen im Arbeitsangebot und die sie bedingenden Faktoren getrennt zu untersuchen und mit den entsprechenden Zahlen der Vorkriegszeit zu vergleichen. Hieraus kann sich dann im Gesamt ergeben, ob von der Angebotsseite aus Veränderungen eingetreten sind, die eine Erklärung für die Arbeitslosigkeit abgeben.

b) Die Nachfrageseite.

Nach Zergliederung der Angebotsseite und Darlegung der sie beeinflussenden Faktoren kommen wir nunmehr zur Analyse der anderen Seite des Arbeitsmarktes, zur Frage nach den Quellen der Nachfrage nach Arbeit, deren spätere Untersuchung im 3. Teil der Arbeit uns sodann im Vergleich mit den Ergebnissen der Untersuchung der Angebotsseite die Beantwortung der Frage dieser Untersuchung — woher stammt die Arbeitslosigkeit? — ermöglichen wird.

Während wir aber bei der Untersuchung der Angebotsseite einen im wesentlichen einheitlichen Untersuchungsgegenstand hatten, nämlich die Bevölkerung als Quell allen Arbeitsangebotes, haben wir hier einen komplexen Gegenstand zu untersuchen mit einer schier unübersehbaren Mannigfaltigkeit der Erscheinungen und Veränderungsmöglichkeiten. Es kann nun unmöglich Aufgabe dieser Arbeit sein, all die vielen Möglichkeiten einer Nachfrage nach Arbeit zu ventilieren und gar ihre Veränderungen in den einzelnen Jahren zu erforschen. Hier kann es sich vielmehr nur darum handeln, zu zeigen, ob und in welchem Maße sich die Aufsaugefähigkeit der Wirtschaft den veränderten Ansprüchen der die Angebotsseite darstellenden Bevölkerungs- und Erwerbstätigenentwicklung hat anpassen können. Ziel kann also nur sein die Herausstellung der allerwichtigsten und elementarsten Voraussetzung für das Vorhandensein einer Nachfrage überhaupt und deren Untersuchung und Inbeziehungsetzung zu der der Wirtschaft gestellten Aufgabe.

Welches ist nun diese allerwichtigste Voraussetzung der Entfaltung einer Nachfrage nach Arbeitskräften?

Zur Aufnahme jedes Mehrangebots an Arbeitskräften ist eine Schaffung neuer Arbeitsplätze, also eine Ausweitung der gesamten Wirtschaft notwendig. Diesen an die Wirtschaft herantretenden Anforderungen ist nur dann Genüge getan, wenn die zur gesteigerten Gütererzeugung notwendigen Komplementär-Elemente, die anderen Produktionsfaktoren, Kapital und Boden in gleichem Maße bereitgestellt werden wie der Produktionsfaktor Arbeit selbst.

Allererste Voraussetzung also für die Beschäftigung, d. h. wirtschaftliche Verwendung des Mehrangebots an Arbeitskräften ist die Kapitalausstattung. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze fordert die Erstellung neuer Werksgebäude, Maschinen, Transportmittel u. a. sowie die Bereitstellung eines Betriebskapitals, das als fluktuierender Bestandteil des wirtschaftlichen Kreislaufes zur gesteigerten Lagerhaltung und Lohnzahlung notwendig ist. Die Ausstattung mit Anlagekapital aber, und damit notwendig verbunden die Intensität der Kapitalbildung zum Zwecke der Schaffung von Realkapital, wird um so größer sein, je kapitalintensiver eine Wirtschaft ist, ein je höherer durchschnittlicher Kapitalbetrag auf den Kopf des Erwerbstätigen entfällt. Wir haben also bei der Frage nach der Aufsaugefähigkeit der Wirtschaft in erster Linie danach zu forschen, in welchem Maße — wenigstens schätzungsweise — eine Kapitalneubildung notwendig gewesen wäre und in welchem Umfang sie tatsächlich stattgefunden hat. Die Feststellung eines Zurückbleibens hinter der als notwendig erkannten Kapitalbildung würde uns sodann eine Quelle der Arbeitslosigkeit von der Nachfrageseite aus gesehen erschließen,

wenn auch ziffernmäßige Angaben über das Maß der so verursachten Arbeitslosigkeit nicht gemacht werden können.

Außer der Kapitalausstattung ist als weiterer Faktor und Grundlage jeder Produktion der Boden als Träger von Rohstoffen und Nahrungsmitteln von der allergrößten Bedeutung. Bei dem heutigen Stande der Wirtschaft ist jedoch die Möglichkeit gegeben, außer dem eigenen Boden auch die Rohstoffe und Nahrungsmittel fremder Böden heranzuziehen, indem durch internationalen Tausch Arbeit gegen Boden gegeben wird, d. h. durch Export von Halb- und Fertigfabrikaten die in ihnen steckende Arbeit als Austauschmittel für die im eigenen Lande fehlenden Rohstoffe und Nahrungsmittel benutzt wird. Hierbei ist aber wiederum zu beachten, daß die dann notwendige Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten zu einer über das sonstige Maß hinausgehenden Ausdehnung besonders der Produktionsmittelindustrie führt, deren gegenüber der Verbrauchsmittelindustrie stärkere Mechanisierung einen wiederum erhöhten Kapitalbedarf erheischt. Aber auch bei Befriedigung dieses höheren Kapitalbedarfs und dessen, was zur Finanzierung dieser Ausfuhr notwendig ist, trägt das Angewiesensein auf fremde Böden und damit die Notwendigkeit der Ausfuhr größere Gefahren einer plötzlich aussetzenden Nachfrage nach Arbeitskräften in sich, da der Auslandsabsatz der uneingeschränkten Konkurrenz der anderen Länder ausgesetzt ist, denen oft Mittel zur Ausschaltung des fremden Wettbewerbs gegeben sind, die man selbst nicht anzuwenden in der Lage ist. Versucht man aber zur möglichsten Ausschaltung der im außenbedingten Nahrungsmittelspielraum liegenden Gefahr aus dem eigenen Boden das größte Maß an Rohstoffen und Nahrungsmitteln herauszuholen, so ist auch dies meist nur möglich unter verstärkter Anwendung des Produktionsfaktors Kapital und bei höheren Preisen dann, wenn das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag seine Herrschaft antritt. In beiden Fällen haben wir es also mit Erscheinungen zu tun, die erhöhte Anforderungen an die Kapitalausstattung stellen, wobei besonders im ersten Falle die Arbeitsgelegenheit auch bei Erfüllung dieses Erfordernisses durch Verhalten anderer Volkswirtschaften, auf deren Entschlüsse man wenig oder gar keinen Einfluß hat, in Frage gestellt werden kann. Dies würde dann trotz Ausstattung mit dem nötigen Kapital eine Verringerung der Nachfrage nach Arbeit zur Folge haben. In jedem Falle aber bedingt ein Mangel an Boden eine erhöhte Kapitalausstattung und löst sich für uns in diesen Faktor auf.

Abgesehen von diesem grundlegenden Faktor, der die Voraussetzung dafür bildet, daß überhaupt eine wirksame Nachfrage nach Arbeitskraft zur Entfaltung gelangen kann, wird die Nachfrageseite periodisch durch Saison- und Konjunkturschwankungen zusammengezogen werden. Ein Eingehen auf die Saisonschwankungen erübrigt sich hier der Kürze der Erscheinung wegen. Bedeutsamer aber wäre die Frage, ob und in welchem Maße die Konjunkturschwankungen zur Einengung der Nachfrage nach Arbeit beigetragen haben. Diese Schwankungen, gegeben aus der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, führen zu periodischen Einschnürungen und Stockungen der wirtschaftlichen Entwicklung und damit in stärkstem Maße zur Freisetzung von Arbeitern. Es ist augenscheinlich, daß dieser Faktor die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit mitverursacht

hat, aber ebenso sicher ist, daß die Stärke und besonders die Dauer der Krise in der Dynamik der Wirtschaft selbst keine ausreichende Erklärung findet, selbst vielmehr das Resultat besonderer Veränderungen zu sein scheint. Da aber der Konjunkturzyklus mit das Resultat der genügenden oder ungenügenden Kapitalbildung und im Zusammenhang damit des Zinses ist, konzentriert sich für uns die Untersuchung wieder auf das Ausmaß der Kapitalbildung, wodurch gleichzeitig die Konjunktur selbst und in Verbindung mit der Angebotsseite die Dauer der Depressionsphase ihre Erklärung finden kann.

Auch die Frage der Freisetzung der Arbeiter durch Rationalisierung, d. h. durch Substitution von Arbeit durch Kapital, hängt so eng mit der Frage der Kapitalbildung und mit der Konjunktur zusammen, daß wir uns bei der Untersuchung auf die Frage der Kapitalbildung glauben beschränken zu können und zu müssen. Die Beantwortung dieser Frage gibt uns zusammen mit der der Gestaltung der Angebotsseite die Möglichkeit sowohl der Feststellung struktureller Veränderungen der Wirtschaft als auch der genügenden Erklärung der Dauer der Depression und der aussetzenden Kompensation der durch Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte.

Wir beschränken uns also auf die Untersuchung der Kapitalbildung, die wir im 3. Teil der Arbeit vornehmen wollen, und auf ihr Verhältnis zur Angebotsseite, deren Erforschung uns nunmehr zuerst obliegt.

II. TEIL.

Untersuchung der Angebotsseite.

A. Methode der Untersuchung.

Bevor wir zur eigentlichen Untersuchung der Angebotsseite des Arbeitsmarktes übergehen, müssen wir die Methode darlegen, deren wir uns bedienen wollen.

Ausgehend von den durch die Bevölkerungszählungen vorliegenden Zahlen, die uns einen Einblick in die Bevölkerungsstruktur an den Stichtagen der Zählungen geben, haben wir für die folgenden Jahre unserer Untersuchung die Bevölkerungsentwicklung zu errechnen als Grundlage für die Beantwortung unserer Frage nach der Angebotsentwicklung. Von den hierfür gegebenen Möglichkeiten der Fortschreibung und der Berechnung auf Grund der jeweiligen Sterblichkeitsverhältnisse soll die zweite Methode zur Anwendung kommen, wobei für die Jahre 1907 bis 1914 die Sterbetafeln 1910/11, für 1925 bis 1932 die der Jahre 1924/26 zur Anwendung gelangen sollen.

Nun kann die Bevölkerungszahl, wie sie uns auf Grund der Volkszählungen oder eigener Berechnung entgegentritt, uns wohl einen Ueberblick geben über den Aufbau der Bevölkerung, Verteilung der Geschlechter etc. und uns so die Möglichkeit einer Schätzung des Arbeitsangebotes und einiger Gründe seiner Veränderung gestatten, keineswegs kann man jedoch mit diesem Zahlenmaterial allein zu einigermaßen exakten Ergebnissen kommen, da durch diese Zahlen noch nichts gesagt ist über den Prozentsatz derer, die wirklich in den einzelnen Altersklassen bei Männern und Frauen erwerbstätig sind bzw. ein Arbeitsangebot entfalten. Alle Veränderungen also, die durch vergrößerte oder verminderte Betriebsamkeit u. a. herbeigeführt werden können, entzögen sich hierbei unserer Einsicht.

Erst ein Vergleich dieser Zahlen, die uns die Volkszählungen bieten, mit den Zahlenergebnissen der Berufszählungen, die die tatsächlich erwerbstätige und erwerbswillige Bevölkerung, ganz unabhängig von einer eventuellen zeitweiligen Arbeitslosigkeit erfaßt, kann uns Aufschluß darüber geben, welcher Teil der einzelnen Bevölkerungsgruppen und Altersklassen tatsächlich Arbeitsangebot entfaltet, also auf dem Arbeitsmarkt erscheint und aus welchen Quellen und Ursachen Veränderungen hierbei zur Entstehung gekommen sind.

Der Vergleich und die zweckmäßige Kombination der Zahlenergebnisse der Berufs- und Volkszählungen ist also allein in der Lage, uns nicht nur einen Aufschluß über die tatsächliche Gestaltung des jeweils am Markte auftretenden Arbeitsangebotes zu geben, sondern er ermöglicht uns auch die Aufdeckung der Ursachen, aus denen Veränderungen letzten Endes haben zur Entstehung gelangen können, und die Verfolgung der Entwicklung über den eigentlichen Zeitpunkt der Zählungen hinaus.

Wenn wir hier die Erwerbstätigen und -willigen der Berufszählungsergebnisse den Zahlen der Volkszählungen und den durch Errechnung bekannten jeweiligen Bevölkerungszuständen gegenüberstellen, so haben wir uns zuerst darüber klar zu werden, wer in den Berufszählungen als erwerbstätig bzw. als erwerbswillig gilt. Durch die Berufszählungen wird die Bevölkerung eingeteilt in 1. hauptberuflich Tätige, 2. berufslose Selbständige und 3. Angehörige ohne Hauptberuf. Die hauptberuflich Erwerbstätigen repräsentieren die gesamte erwerbstätige Bevölkerung, sind das Arbeitsangebot in seiner relativen und absoluten Größe. Zu dieser Gruppe gehören alle Beamten, Arbeiter, Angestellten, selbständigen Berufstätigen sowie Familienangehörigen, die im Betriebe des Haushaltungsvorstandes hauptberuflich mitwirken.

Dieser Gruppe gegenüber stehen die nicht erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen, die berufslosen Selbständigen und die Angehörigen ohne Hauptberuf. Zu den berufslosen Selbständigen gehören alle jene Personen, die keine eigentliche Hauptberufstätigkeit ausüben, so z. B. Rentner, Pensionäre etc. Alle diese Personen sind nicht erwerbstätig im Sinne der Berufszählungen, wenn sie auch einen „Erwerb" haben. Hier kommt es bei der Feststellung der Erwerbstätigen aber nicht darauf an, ob jemand überhaupt ein Einkommen bezieht, sondern darauf, ob die in Frage stehenden Personen ihr Einkommen durch Verwendung ihrer Arbeitskraft erzielen, also in der Volkswirtschaft tatsächlich berufstätig sind oder nicht. Aus diesem Grunde wird diese Personengruppe nicht zu den Erwerbstätigen gezählt, obgleich sie einen „Erwerb" haben.

Zur zweiten Gruppe der Nichterwerbstätigen gehören die Angehörigen ohne Hauptberuf, zu denen vor allem die Kinder und Ehefrauen gehören — natürlich nur soweit sie keinen Hauptberuf ausüben. Die Tätigkeit im Haushalt wird nicht als eigentliche Erwerbstätigkeit gewertet, da diese nicht als in den Bereich der Volkswirtschaft fallend angesehen wird. Nur bei Mitarbeit im Betrieb des Mannes fallen sie unter die Erwerbstätigen und gehören dann zur Gruppe der „mithelfenden Familienangehörigen".

Diese beiden Gruppen, Angehörige ohne Hauptberuf und berufslose Selbständige, stehen als wirtschaftlich passive Bevölkerungsgruppe der wirtschaftlich aktiven Gruppe der hauptberuflich Erwerbstätigen gegenüber und müssen von dieser Gruppe unterhalten werden. Das Verhältnis dieser beiden Gruppen zu einander ist ein durchaus veränderliches und weist auch bei den einzelnen Nationen große Unterschiede auf. Es findet seinen Ausdruck im Belastungskoeffizienten, der das Verhältnis der Nichterwerbstätigen zu der erwerbstätigen Bevölkerung, jeweils auf Hundert der Erwerbstätigen bezogen, darstellt, während die Erwerbsziffer oder Erwerbstätigenziffer die Beziehungen der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung ausdrückt. Beide Ziffern, Belastungskoeffizient und Erwerbstätigenziffer werden in weitestgehendem Maße beeinflußt durch die Arbeitslosigkeit, die aber von den Berufszählungen unberücksichtigt bleibt, da durch sie nicht nur die gerade tatsächlich Erwerbstätigen erfaßt werden sollen, sondern alle zur Ausübung eines Berufes gewillten Personen, zu denen ja auch die Arbeitslosen gehören. Dies beeinflußt aber auch in keiner Weise das Arbeitsangebot, um deren Feststellung es sich für uns bei der Untersuchung der Angebotsseite

allein handelt. Aenderungen in der Erwerbstätigenziffer können aber dazu dienen, eine auftretende Arbeitslosigkeit mit zu erklären und zeigen uns auch, ob gegen früher die Belastung der Erwerbstätigen eine Steigerung oder Minderung durch den passiven Teil der Bevölkerung erfahren hat.

Hingewiesen werden mag hier zum Schluß der Darlegung der Methode der Untersuchung über die möglichen Quellen und Ursachen des Arbeitsangebotes und seiner Veränderungen noch auf die Nebenberufe, die nach den Berufszählungen nicht zu den Erwerbstätigen gerechnet werden. Mit Recht weist Platzer[3]) aber darauf hin, daß die Nichtberücksichtigung dieser Nebenberufe, abgesehen von ihrer geringen absoluten Bedeutung, deshalb von untergeordnetem Einfluß sein dürfte, weil eine Kompensation dieser Fehlerquelle dadurch geschaffen ist, daß viele Personen, die in Wirklichkeit nur „nebenberuflich" tätig sind, aus Gründen des Standesbewußtseins, Herkommens etc. sich als hauptberuflich Tätige ausgeben.

Ein Vergleich der Zahlen der Bevölkerungszählungen und Fortschreibungen der Vorkriegszeit mit denen der Nachkriegszeit ist uns jedoch nicht ohne weiteres möglich, da die Vorkriegsergebnisse für den damaligen Gebietsumfang des Reiches galten und nur gleiche Größen einer Vergleichbarkeit unterliegen. Aus diesem Grunde sind die Zahlen der Jahre 1907 bis 1914 auf das jetzige Reichsgebiet unter Ausschluß des Saargebietes reduziert worden, wozu die Berechnungen des Stat. Reichsamtes in Band 401 II. S. 646 ff. als Grundlage gedient haben.

B. Veränderungen im Erwerbstätigenangebot 1907 bis 1925.

Nachdem wir gesehen haben, daß nur die zweckmäßige Kombination der Berufs- und Volkszählungsergebnisse uns einen Aufschluß nicht nur über das tatsächliche jeweilige Arbeitsangebot, sondern auch über die Ursachen von deren Veränderungen im Laufe der Zeit zu geben vermag, wollen wir nunmehr zuerst summarisch das Arbeitsangebot 1907 und 1925 sowohl als auch die Bevölkerungsziffern dieser Jahre einander gegenüberstellen, um sodann durch eingehende Zergliederung der Bevölkerungszahlen und Berufszählungsergebnisse zu den letzten Ursachen der Veränderungen bei Frauen und Männern vorzudringen. Auf Grund dieser Untersuchung wird es uns möglich sein, auch die Entwicklung des Arbeitsangebotes der nachfolgenden Jahre zu errechnen.

Wie hat sich also das Arbeitsangebot im deutschen Reich absolut und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verändert?

Nach den Bevölkerungszahlen, die wir vergleichsweise für den alten und neuen Gebietsumfang darstellen wollen, nahm die Bevölkerung folgende Entwicklung:

A. R.	1907	61 720 529
N. R.	1907	54 991 083
N. R.	1925	62 410 619[4]).

[3]) Platzer, Steigerung a.a.O. S. 325.

[4]) A.R. = Alter Gebietsumfang
N.R. = Neuer Gebietsumfang
Stat. d. dtsch. Reichs 403, II 424; 401. I, II.

Die Bevölkerung des deutschen Reiches hat sich also, auf den neuen Gebietsstand bezogen, in der Zeit von 1907 bis 1925 um 7,419 Mill. vermehrt. Das entspricht einer Bevölkerungszunahme von 13,5%.

Stellen wir nun dem die Veränderungen der Erwerbstätigen für das gleiche Gebiet und den gleichen Zeitraum gegenüber, so erhalten wir folgende Ziffern:

A. R.	1907	28 092 117
N. R.	1907	25 156 017
N. R.	1925	32 009 300[5]),

die eine Zunahme der Erwerbstätigen um 6,853 Mill. anzeigen. Somit ergibt sich eine Steigerung der Erwerbstätigen um 27,2% auf den neuen Gebietsumfang bezogen. Hieraus ist zu entnehmen, daß die Bevölkerungszunahme allein in keiner Weise die Zunahme der Erwerbstätigen zu erklären vermag. Noch deutlicher werden wir dies dann sehen, wenn wir errechnen, wie sich die Entwicklung der Erwerbstätigen gestaltet haben würde, wenn keine der später näher zu erforschenden Ursachen wirksam gewesen wäre. Errechnen wir zu diesem Zwecke die Erwerbstätigenziffern für unsere beiden Vergleichsjahre, so erhalten wir für das Jahr 1907 (N. R.) eine Erwerbstätigenziffer von 45,7, für das Jahr 1925 aber eine solche von 51,3. Während also jetzt mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung erwerbstätig ist, und auf 51 Erwerbstätige nur 49 wirtschaftlich passive Personen entfallen, kamen 1907 auf 45,7 Erwerbstätige noch 54,3 Nur-Konsumenten. Legen wir diese Erwerbstätigenziffer von 45,7 dem Bevölkerungsstand von 1925 zugrunde, so ergäbe sich ein Arbeitsangebot von nur 28,63 Mill., also nur eine Erhöhung der Erwerbstätigen um 3,47 Mill. gegen eine solche von tatsächlich 6,85 Mill. Der Zugang an Erwerbstätigen beträgt also fast das Doppelte des nach der Bevölkerungsentwicklung zu erwartenden Zugangs. Noch stärker träte diese Erscheinung zu Tage, wenn wir die Veränderungen gegenüber der Erwerbstätigenziffer für das alte Reichsgebiet von 1907 mit der von 1925 verglichen. Hier stieg die Erwerbstätigenziffer sogar von 45,2 auf 51,3, was auf die kinderreichen nun abgetretenen Gebiete des deutschen Ostens zurückzuführen ist, die die Erwerbstätigenziffer herabdrückten. Die erhöhte Erwerbstätigenziffer zeigt uns in prägnanter Form an, daß Verschiebungen der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung stattgefunden haben, ist selbst aber nur Ausdruck des Wirkens von Kräften, ohne uns aber im geringsten über die Gründe dieser Veränderung Aufschluß geben zu können. Hierzu bedarf es des näheren Eingehens auf den Bevölkerungsaufbau, die Berufszählungsergebnisse — stets getrennt nach Männern und Frauen — und des Vergleichs beider.

Um für diese Untersuchung einen Ausgangspunkt zu haben, wollen wir jetzt die oben für die Gesamtbevölkerung gegebenen Ziffern für beide Bevölkerungsteile getrennt zur Darstellung bringen. Wir erhalten dann folgende Zahlen:

---

[5]) Siehe Anm. 4.

In Tausend.

Jahr	Gesamt	Erwerbstätige
	Männer	
N. R. 1907	27 107	16 655
N. R. 1925	30 197	20 531
	Frauen	
N. R. 1907	27 884	8 501
N. R. 1925	32 214	11 478

Danach stiegen bei dem männlichen Teil der Bevölkerung die Erwerbstätigen um 3,876 Mill., die Erwerbstätigenziffer um 10,7 Proz. von 61,4 auf 68; bei den Frauen erhöhten sich die Erwerbstätigen um 2,977 Mill., die Erwerbstätigenziffer stieg aber um 16,7 Proz. von 30,5 auf 35,6. Diese verschiedene Entwicklung allein und die der Bevölkerungszahlen bei Männern und Frauen zeigt uns deutlich die Notwendigkeit einer getrennten Untersuchung für beide Bevölkerungsteile.

C. Ursachen dieser Aenderungen im Erwerbstätigenangebot.

1. Ausschluß formalstatistischer Ursachen.

Bevor wir nunmehr zur eingehenden Untersuchung der Ursachen des veränderten Arbeitsangebotes bei beiden Bevölkerungsgruppen schreiten, müssen wir zuerst solche Einflüsse eliminieren, die aus formalstatistischen Gründen eine Veränderung des Arbeitsangebotes herbeigeführt haben können. Jede Veränderung in der Methode der Erhebung, jede Ausweitung des Kreises der zu erfassenden Personen macht eine einfache Vergleichbarkeit unmöglich. Würde also z. B. eine neue Erhebung die Erfassung und Hinzurechnung der Nebenberufe zu den Erwerbstätigen einführen, so würden nunmehr formal die Erwerbstätigen stärker zugenommen haben, als dem eigentlichen Zuwachs entspräche.

Die Möglichkeit einer solchen nur formalen Aenderung der Ziffern ist vor allem da gegeben, wo ein bestimmter Kreis zu erfassender Personen über ihre Zugehörigkeit zu dem zu erforschenden Objekt im Unklaren ist und deshalb in wechselndem Maße die Angaben macht, welche zur Hinzuzählung zu der Gruppe der Erwerbstätigen notwendig sind. Ein solcher Zweifel kann leicht bei der Ueberlegung entstehen, ob sich eine Tätigkeit nur als eine nebenberufliche oder als eine hauptberufliche darstellt. Wenn diese Frage vielleicht noch dort mit einiger Sicherheit zu entscheiden ist, wo es sich um Personen handelt, deren Tätigkeit sich außerhalb der Familie vollzieht, so dürfte die Entscheidung dort um so schwieriger sein, wo die zu erfassende Person im Betriebe des Familienvorstandes mitwirkt. Wann handelt es sich hier um eine hauptberufliche Tätigkeit, wann ist sie als Nebenberuf anzugeben? Im ersten Falle würde die Person als „mithelfendes Familienglied" zu den Erwerbstätigen gehören, im zweiten Falle aus dem Kreis der Erwerbstätigen ausscheiden. Besonders groß wird die Schwierigkeit der Entscheidung bei kleinen und mittleren Betrieben der Landwirtschaft

sein, bei denen alle Familienangehörigen, soweit sie überhaupt arbeitsfähig sind, zur Hilfe besonders in den Erntezeiten herangezogen werden.

Die mithelfende Tätigkeit im Betriebe des Familienvorstandes wird von weiten Bevölkerungskreisen nicht als eigentliche Berufstätigkeit angesehen werden, auch wenn sie sich als solche darstellt. Um hier bei der Erhebung zu genauen Angaben zu gelangen, wurde von Zählung zu Zählung die Fragestellung verbessert und durch Aufnahme besonderer Erläuterungen auf eine vollkommenere Erfassung der mithelfenden Familienangehörigen abgezielt. Auch dadurch hat man versucht, zu einer vollständigen Erfassung dieser Erwerbstätigen-Gruppe zu gelangen, daß man die Angaben auf den Haushaltslisten bei der Zählung einer Kontrolle in der Weise unterzog, daß man sie mit den Angaben verglich, die der Haushaltungsvorstand in seiner Eigenschaft als Betriebsinhaber auf dem Fragebogen für seinen Betrieb über seine Arbeitskräfte machte. So gelangte man zu einer immer vollkommeneren Erfassung der mithelfenden Familienangehörigen, gliederte aber damit zugleich Personen in den Kreis der Erwerbstätigen neu ein, die eigentlich schon vorher dazu gehörten, verursachte also damit einen Zuwachs, der zu eliminieren ist, will man die tatsächliche Aenderung erfassen.

Um über das Maß der möglicherweise nur auf formalstatistischen Ursachen beruhenden Erhöhung der Erwerbstätigenzahl und Erwerbstätigenziffer uns ein Urteil bilden zu können, wollen wir nun die Entwicklung der Erwerbstätigen der der mithelfenden Familienangehörigen gegenüberstellen, bei denen, wie wir oben sahen, eine solche nur rechnungsmäßige Veränderung in größerem Umfange vorliegen kann. Wir erhalten so für den Zeitraum 1907/25 folgende Zahlen:

Es betrug die Zunahme

der Erwerbstätigen	6 853 283
der Mithelfenden	1 666 245.

Es haben sich im Zeitraum der Untersuchung die Erwerbstätigen von 25,156 Mill. auf 32,009 Mill. oder um 27,2 Proz. erhöht, die Zahl der Mithelfenden aber wuchs in der gleichen Zeit von 3,771 auf 5,437 Mill. oder um 44,2%. Rund ¼ der Gesamterwerbstätigenzunahme beruhte also auf einem Anwachsen der mithelfenden Familienangehörigen, ohne deren Zunahme die Erwerbstätigen sich nur um 20,6% erhöht haben würden. Hieraus ist zu ersehen, welch bedeutenden Anteil die mithelfenden Familienangehörigen an der Steigerung der Erwerbstätigen und der Erwerbstätigenziffer überhaupt hatten, so daß auch deren nur rechnungsmäßige Erhöhung einen bedeutenden Einfluß auszuüben in der Lage gewesen wäre. Nehmen wir hier eine Trennung der Untersuchung nach Geschlechtern vor, so sehen wir, daß es besonders die Frauen sind, die den größten Teil dieser Erwerbstätigen-Gruppe und des Zuwachses stellen. So stieg im Untersuchungszeitraum die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen bei den Männern von 979 369 auf 1 304 271 um 324 902, d. h. um 33,2%, bei den Frauen aber um 1 341 343 von 2 791 613 auf 4 132 956, d. h. um 48%[6]).

[6]) Stat. d. Dtsch. Reichs. 402 III S. 432 ff.; 408 S. 136 ff.; S. 7 ff.

Um diesen Einfluß der mithelfenden Familienangehörigen besonders in Erscheinung treten zu lassen, wollen wir die Erwerbstätigenziffer mit und ohne die Mithelfenden betrachten. Wir erhalten dann folgende Tabelle:

in Proz. der Gesamtbevölkerung		
Erwerbstätige	1907	1925
überhaupt	45,7	51,3
ohne m. F.	38,9	42,6
Männer		
überhaupt	61,4	68,0
ohne m. F.	57,8	63,7
Frauen		
überhaupt	30,5	35,6
ohne m. F.	20,5	22,8

Wie die Zahlen zeigen, stieg die Gesamterwerbstätigenziffer bei Einbeziehung der mithelfenden Familienangehörigen um 12,3%, ohne deren Einbeziehung aber nur um 9,5%. Die Zunahme bei Fortlassung der Mithelfenden ist also erheblich geringer. Besonders stark tritt diese Erscheinung wieder bei den Frauen zu Tage, bei denen der Zuwachs 11,2% gegen 16,7% beträgt.

Wir wollen nun die Wirkung formalstatistischer Ursachen auf die Zahl dieser Erwerbstätigengruppe in der Berufsgruppe der Land- und Forstwirtschaft untersuchen, da die Mithelfenden hier besonders stark vertreten sind. Von der Gesamtzahl der 5,437 Mill. betragenden Mithelfenden entfielen 1925 auf die Land- und Forstwirtschaft 4,75 Mill., d. h. 87,5%. Von den männlichen Mithelfenden sind in dieser Berufsgruppe 92,5%, von den weiblichen 85,8% beschäftigt gewesen. Die Zunahme im Zeitraum 1907/25 betrug hier bei den Männern 30,3%, bei den Frauen 43,7%, bei einem Gesamtzuwachs von 1,370 Mill., von denen 1,088 Mill. auf den weiblichen Teil entfielen.

Zweifellos ist nun nicht der gesamte Zugang auf formalstatistische Ursachen zurückzuführen, wie schon die Abnahme der Tagelöhner, Arbeiter und Mägde in der Landwirtschaft erkennen läßt, die in diesem Zeitraum 271, 379 betrug[7]). Hier hat vielmehr teilweise eine Ersetzung fremder Arbeitskräfte durch die Arbeit der mithelfenden Familienangehörigen stattgefunden. Von großem Einfluß auf die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften ist die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht gewesen, die wir später noch behandeln werden. Hierdurch sind aber die Landwirtssöhne für die Arbeit frei geworden. So entfallen von der Gesamtzunahme der männlichen mithelfenden Familienangehörigen in der Land- und Forstwirtschaft 200 000 auf die Altersklassen der 18—30 jährigen, während sich die Zahl der über 40 jährigen nur in geringem Maß verändert hat. Bei der Zunahme der männlichen Mithelfenden dürfte es sich also zum größten Teil um eine tatsächliche Erhöhung der Erwerbstätigen handeln und nicht um eine nur rechnungsmäßige Hierfür dürfte auch der Umstand sprechen, daß bei den Männern

[7]) Platzer, Steigerung a.a.O. S. 329.

im Gegensatz zu den Frauen kaum Aenderungen in der Wertschätzung der Arbeit und damit Veränderungen in der Rubrizierung als Erwerbstätige stattgefunden haben.

Betrachten wir dem gegenüber die weiblichen Mithelfenden in der Land- und Forstwirtschaft, so spricht für deren teilweise nur rechnungsmäßige Zunahme die starke Erhöhung um 43,7%. Der Hauptgrund für diese starke Erhöhung dürfte, wie auch das statistische Reichsamt betont, darin zu suchen sein, daß die veränderte Stellung der Frau in der Nachkriegszeit eine höhere Einschätzung des Wertes der Frauenarbeit mit sich gebracht hat. Arbeit der Frau, die früher nur als nebenberuflich angesehen wurde, wird nun oft als Hauptberuf gewertet, ohne daß vielleicht eine Aenderung in Art oder Umfang dieser Betätigung stattfand. Inwieweit hier eine tatsächliche, inwieweit eine rechnungsmäßige Zunahme vorliegt, kann zahlenmäßig natürlich nicht gesagt werden; die Abnahme aber der nur nebenberuflich tätigen weiblichen Mithelfenden in dieser Zeit um 1 243 293[8]) kann vielleicht als Beweis dafür dienen, daß — wenigstens teilweise — nur durch höhere Einschätzung der Frauenarbeit diese aus einer nebenberuflichen zu einer hauptberuflichen geworden ist. Andererseits spricht für eine tatsächliche Zunahme der Umstand, daß auch in der Landwirtschaft die Haushaltsführung erleichtert worden ist. Die so durch Butterbereitung und Milchverarbeitung in den Molkereien, Bezug von Brot aus Landbäckereien etc. im Haushalt frei werdenden Arbeitskräfte haben im Betrieb selbst ausgedehntere Verwendung gefunden und die Erwerbstätigenzahl der weiblichen Mithelfenden tatsächlich erhöht.

Zusammenfassend können wir sagen, daß das starke Anwachsen der mithelfenden Familienangehörigen, die im Betrieb des Haushaltungsvorstandes tätig sind, zu einem Teil wohl auf formalstatistischen Ursachen beruhen dürfte, von denen ganz besonders der weibliche Teil dieser Erwerbstätigen-Gruppe berührt sein dürfte. Auch in den übrigen Gewerbezweigen dürften die gleichen Tendenzen die zahlenmäßige Entwicklung der Mithelfenden beeinflußt haben.

Außer dieser formalstatistischen Erhöhung der Erwerbstätigenzahl bei den Mithelfenden wird durch das Institut für Konjunkturforschung noch auf eine andere derartige nur zahlenmäßige Erhöhung hingewiesen. Tätigkeiten, die früher vielfach unentgeltlich erfolgten und aus eben diesem Grunde nicht als eine Erwerbstätigkeit im Sinne der Berufszählung gewertet wurden, werden heute nur gegen Entgelt verrichtet und daher auch durch die Zählungen erfaßt. So ist heute vielfach an die Stelle der ehrenamtlichen die bezahlte Arbeit getreten, der Vorbereitungsdienst mancher akademischer Berufe wird heute vielfach entgolten, z. T. weil die durch den Krieg und die Inflation eingetretene Verarmung breiter Bevölkerungsschichten hier eine Bezahlung als notwendig erscheinen ließ. Auch hier wird also eine Tätigkeit, die bereits früher im selben Umfange verrichtet worden ist, jetzt erst tatsächlich gezählt. Eine wirkliche Erhöhung ist hier nicht eingetreten, die geleistete Arbeit nicht vermehrt worden, es trat nur eine Ausdehnung der Geldwirtschaft ein. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt diese nur rechnungsmäßige Erhöhung auf ca. 200 000 Personen. (I. f. K. — Vierteljahrsheft 1926 S. 43/44/48).

[8]) Baldauf, a.a.O. S. 8.

2. Altersaufbau.

Nach Darlegung des Ausmaßes, in dem formalstatistische Gründe zu einer Ueberhöhung der tatsächlichen Erwerbstätigenzunahme geführt haben könnten, gehen wir nun auf die Ursachen ein, die zu jener gewaltigen wirklichen Steigerung des Arbeitsangebotes führten, wie wir sie oben summarisch für den Untersuchungszeitraum festgestellt haben. Wie wir bereits im einleitenden Teil unserer Arbeit darlegten, können hierfür, abgesehen von dem in der natürlichen Bevölkerungsvermehrung von 54,9 auf 62,4 Mill. Personen liegenden Grunde — der keiner weiteren Erklärung bedarf — folgende hauptsächlichste Ursachen mitgewirkt haben:

1. Aenderungen im Altersaufbau
2. Aenderungen in der Geschlechterverteilung
3. Aenderungen in der Betriebsamkeit.

Diese Ursachen gilt es nun zu untersuchen, wobei wir jedesmal eine Trennung nach Frauen und Männern vornehmen müssen, da die Beeinflussung beider Teile verschieden stark gewesen sein kann. Im Anschluß daran werden wir dann noch auf die Sonderbeeinflussung durch die veränderte Heeresverfassung eingehen, der sich in der Untersuchung der Erwerbstätigen- und -fähigenentwicklung 1925 bis 1932 die Berücksichtigung des Wanderungssaldos anzuschließen hat.

a) Frauen.

Wenn wir hier somit die Aenderungen im Altersaufbau und ihren Einfluß auf die Entwicklung der Erwerbstätigen-Zahl einer Untersuchung unterziehen wollen, so haben wir eine Gegenüberstellung vorzunehmen derjenigen Altersklassen, für die eine Erwerbstätigkeit allein oder doch in fast ausschließlichem Maße in Frage kommen kann, zu den Altersklassen, für die eine Erwerbstätigkeit wegen zu geringen Alters noch nicht in Frage kommt, und den Altersklassen, die wegen zu hohen Alters kaum mehr erwerbsfähig sind.

Als das erwerbsfähige — produktive — Alter wird das Alter bezeichnet, in dem die Bevölkerung in erster Linie erwerbstätig zu sein pflegt. Die in diesem Alter stehende Bevölkerung wird die erwerbsfähige genannt. Von diesen Altersklassen, die die Spanne vom 15.—65. Lebensjahre umfaßt, werden fast 95% der Erwerbstätigen gestellt.

Welche Veränderungen im Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung Deutschlands — bezogen auf den Gebietsstand des Jahres 1925 — haben nun im Zeitraum 1907—1925 stattgefunden?

Dies erhellen die Tabellen auf umstehender Seite.

Es befanden sich demnach im Jahre 1907 von 27 884 309 weiblichen Personen im nichterwerbsfähigen Alter von 0—15 Jahren 9,419 Millionen; über 65 Jahre, also nicht mehr erwerbsfähig, waren 1,454 Mill., während sich 17,011 Mill. weibliche Personen im Alter von 15—65 Jahren befunden haben. Dagegen waren im Jahre 1925 von 32 213 796 weiblichen Personen 7,930 Personen unter 15 Jahren, 2,006 Mill. hatten das erwerbsfähige Alter bereits überschritten, während sich 22,278 Mill. in dem für uns so bedeutsamen erwerbsfähigen Alter befunden haben.

Weibliche Bevölkerung.

Alter	1907	1925
unter 14	8 868 625	7 301 761
14—16	1 106 718	1 280 318
16—18	1 070 701	1 320 985
18—20	1 054 758	1 284 734
20—25	2 374 818	3 085 807
25—30	2 205 492	2 839 342
30—40	3 797 842	4 871 426
40—50	2 927 490	4 040 581
50—60	2 182 463	3 046 159
60—65	1 489 181	1 136 965
65—70		876 435
über 70	806 221	1 129 283
Gesamt	27 884 309	32 213 796

Somit beträgt die Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) in den einzelnen Altersklassen 1925 gegenüber 1907:

Alter	Veränderung	in %
unter 14	— 1 566 864	— 17,7
14—16	+ 137 600	+ 15,7
16—18	+ 250 284	+ 23,4
18—20	+ 229 976	+ 21,8
20—25	+ 710 989	+ 29,9
25—30	+ 633 850	+ 28,7
30—40	+ 1 073 584	+ 28,3
40—50	+ 1 113 091	+ 38,0
50—60	+ 863 696	+ 39,6
60—70	+ 524 219	+ 35,2
über 70	+ 323 062	+ 40,1
Gesamt	+ 4 329 487	+ 15,5

Bd. 402. III. S. 424.

Stellen wir die Verteilung der weiblichen Bevölkerung auf diese Altersklassen in Prozenten der weiblichen Gesamtbevölkerung für unsere Vergleichsjahre dar, so erhalten wir folgende tabellarische Uebersicht:

Von 100 der weiblichen Bevölkerung waren im Alter von

Altersklasse	1907	1925
unter 15	33,8	24,6
15—65	61,0	64,27
über 65	5,2	6,2

Vergleichen wir hiernach den Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung 1907/25 miteinander, so finden wir, wie die Tabelle deutlich zeigt, ein starkes Anwachsen der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerungsklassen. Teil hat daran — abgesehen von der Tatsache, daß die hier für das neue Reichsgebiet aufgestellten

Zahlen bereits gegenüber denen des alten Reichsgebietes eine Erhöhung der erwerbsfähigen Altersklassen infolge der in den abgetretenen Gebieten durchschnittlich höher liegenden Geburtenziffer aufzuweisen hatten — die gegenüber der Vorkriegszeit veränderte Bevölkerungsentwicklung in und nach dem Kriege. Wenn auch bei den Frauen eine direkte Veränderung der Zahlen durch Kriegsopfer im Gegensatz zu den Männern nicht zu verzeichnen ist und auch die Opfer der Hungerblockade, die die jüngeren und älteren Jahrgänge beider Bevölkerungsteile stärker beeinflußten, keine fühlbaren Veränderungen hervorgerufen haben kann, so hat der Krieg und die Nachkriegszeit doch dadurch tiefe Spuren auch beim weiblichen Bevölkerungsteil hinterlassen, daß während der Kriegszeit ein Ausfall von annähernd 3½ Millionen Geburten eingetreten ist, der beide Teile der Bevölkerung in etwa gleichem Maße erfaßt hat und so auch den jugendlichen Teil der weiblichen Bevölkerung in seinem Wachstum traf. Ferner hat bald nach Beendigung des Weltkrieges die Nachwuchsschicht dadurch eine Dezimierung erfahren, daß eine ständige Verringerung der Geburtenhäufigkeit eintrat. Denn während im Jahrzehnt 1900/1910 die Geburtenziffer — Anzahl der Geburten auf 1000 Personen — sich bis auf 35,7 belief und wir durchschnittlich im Jahre 2 Mill. Lebendgeborene zu verzeichnen hatten, sank die Geburtenziffer bis 1924 auf 20,5 bei 1,271 Mill. Geburten und hat seither noch eine weitere Senkung auf 15,1 im Jahre 1932 erfahren. Die hohen Geburtenziffern der Vorkriegszeit wirkten sich aber 1925 bereits in den Jahrgängen aus, die zu den erwerbsfähigen gezählt werden müssen. So war die unvermeidliche Folge dieser Entwicklung eine Schwächung der jugendlichen und eine Stärkung der mittleren Jahrgänge. Die unter 15jährigen nahmen in diesem Zeitraum um über 1,4 Mill. oder 15,8% ab, bei einer Verringerung ihres Anteils an der weiblichen Gesamtbevölkerung um 27,2%. Die im erwerbsfähigen Alter stehenden weiblichen Personen aber erhöhten sich um 5,267 Mill. oder um 31,0%, bei einer anteilmäßigen Erhöhung um 13,4%. Aber auch die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerungsklasse, die über 65jährigen haben sich vermehrt und zwar um 0,552 Mill. oder 37,9% bei einer Erhöhung ihres Anteils um 19,2%. Die Entwicklung hat also dazu geführt, daß wir im Jahre 1925 annähernd 1½ Mill. Kinder weiblichen Geschlechts weniger, aber weit über 5 Mill. mehr erwachsene weibliche Personen hatten.

Aber nicht nur die wechselnde Geburtenziffer allein hat diese einschneidenden Veränderungen der weiblichen Bevölkerungsstruktur herbeigeführt. Ein weiterer Faktor, der für die Verstärkung der älteren und besonders der erwerbsfähigen Altersklassen verantwortlich zu machen ist, muß darin gesehen werden, daß die Sterblichkeitsverhältnisse großen Veränderungen unterlegen haben. Dieser Faktor wirkte in zweifacher Hinsicht auf eine Verstärkung der erwerbsfähigen Altersklassen hin. Die verringerte Sterblichkeit der Jugendlichen bewirkte eine Erhöhung der natürlichen Zuwachsrate der in das erwerbsfähige Alter hineinwachsenden Jahrgänge, die sich um so stärker auswirkte, als es sich um die hier besonders starken Vorkriegsjahrgänge handelte. Wenn auch noch nicht ganz mit der geringen Sterblichkeit gemäß den Sterbetafeln 1924/26 operiert werden kann, so bewirkten diese Aenderungen doch, daß größere Pro-

zentsätze der Geborenen in das erwerbsfähige Alter gelangten, als dies 1907 für die Geburtenjahrgänge um die Jahrhundertwende der Fall gewesen ist. Ferner hat im Laufe der Jahre mit der verbesserten Sterblichkeit auch die mittlere Lebenserwartung, die besagt, wieviel Jahre im Durchschnitt eine in einem bestimmten Alter stehende Person noch zu durchleben hat, eine bedeutende Erhöhung erfahren. Durch diese Veränderung der Sterblichkeitsverhältnisse, deren eingehendere Behandlung der zusammenfassenden Darstellung der Gesamtbevölkerungsstruktur vorbehalten bleibt, kamen nach der Sterbetafel 1924/26 von 100 000 Personen weiblichen Geschlechts 86 877 in das erwerbsfähige Alter gegenüber nur 77 930 nach der Sterbetafel 1910/11 und 74 887 nach der von 1901/10. Von der gleichen Anzahl Lebendgeborener erreichen 1924/26 57 671 die obere Grenze des erwerbsfähigen Alters gegenüber nur 46 484 im Jahre 1910/11 und 43 540 der Jahre 1901/10. Sowohl das Hineinwachsen einer bestimmten Schicht weiblicher Geborener in das erwerbsfähige Alter als auch die durchschnittliche Zeit des Verweilens in diesem Alter hat somit eine bedeutende Erhöhung erfahren. Hier in der Veränderung des Altersaufbaus, verursacht durch das Absinken der Geburtenziffer und die Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse, können wir den Hauptgrund für die außerordentlich starke Zunahme der Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen sehen, die, wie wir sahen, in der bloßen Entwicklung der Bevölkerungszahlen allein keine hinreichende Erklärung gefunden hatte.

Wir betonten nun bereits in der Einleitung, daß außer der Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Altersklassen noch die Geschlechterverteilung und die Betriebsamkeit auf die Erwerbstätigenzahlen und Erwerbstätigenziffer von größerem Einfluß sein können. Wenn wir hier bei den Frauen die Zunahme der Erwerbsfähigen der der Erwerbstätigen gegenüberstellen, so sehen wir daraus, daß, während die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Frauen eine Erhöhung um 5,276 Mill. oder 31,0% erfahren hat, die der erwerbstätigen Frauen sich um 2,977 Mill. von 8,501 auf 11,478 Mill., d. h. also um 35,0% im gleichen Zeitraum erhöhte. Die Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen kann demnach aus der Veränderung der Bevölkerungsstruktur noch nicht hinreichend erklärt werden, wenn hierin auch unbedingt die Hauptursache der starken Zunahme zu erblicken ist. Es müssen demnach noch andere Ursachen mitgewirkt haben, deren Untersuchung wir vornehmen werden, nachdem wir die Veränderungen im Altersaufbau bei den Männern und die der Gesamtbevölkerungsstruktur betrachtet haben werden.

b) Männer.

Nehmen wir nun auch bei den Männern eine Gegenüberstellung des Altersaufbaus für unsere Vergleichsjahre vor, um die Entwicklung der produktiven Altersklassen zu ersehen, so erhalten wir folgende Zahlen:

Männliche Bevölkerung.

Alter	1907	1925
unter 14	8 902 214	7 497 010
14—16	1 063 689	1 306 660
16—18	1 074 176	1 338 090
18—20	1 095 483	1 285 401
20—25	2 328 761	3 064 728
25—30	2 239 774	2 467 938
30—40	3 789 996	3 991 665
40—50	2 838 371	3 713 490
50—60	1 942 062	2 914 955
60—65	1 232 614	1 028 991
65—70		739 611
über 70	635 634	848 284
Gesamt	27 106 774	30 196 823

Somit beträgt die Zunahme (+) bezw. Abnahme (—) in den einzelnen Altersklassen 1925 gegenüber 1907:

Alter	Veränderung	in %
unter 14	— 1 405 204	— 15,8
14—16	+ 242 971	+ 22,8
16—18	+ 263 914	+ 24,6
18—20	+ 225 918	+ 21,3
20—25	+ 735 967	+ 31,6
25—30	+ 228 164	+ 10,2
30—40	+ 201 669	+ 5,3
40—50	+ 875 119	+ 30,8
50—60	+ 972 893	+ 50,1
60—70	+ 535 988	+ 43,5
über 70	+ 212 650	+ 33,5
Gesamt	+ 3 090 049	+ 11,4

Bd. 402. III. S. 424.

Die männliche Bevölkerung nahm also im Untersuchungszeitraum um 3,090 Mill. zu. Die gegenüber der weiblichen Bevölkerung bedeutend geringere Zunahme findet ihre Erklärung in den gewaltigen Opfern des Krieges, die besonders von den im Jahr 1925 25- bis 40jährigen getragen worden sind. Die Zunahme dieser Altersklassen war bei den 25—30jährigen Männern nur 10,2%, bei den 30- bis 40jährigen sogar nur 5,3% gegenüber einer Zunahme bei den Frauen um 28,7 bzw. 28,3%. Auch in der Zahl der erwerbsfähigen Personen finden wir diese Spanne wieder. Von 1907

bis 1925 nahmen die produktiven Altersklassen hier von 16,521 auf 20,467 um 3,946 Mill. zu, d. h. um 23,9%. Für die einzelnen Altersklassen ergeben sich folgende Verschiebungen ihrer Beteiligung an der männlichen Gesamtbevölkerung:

Von 100 der männlichen Bevölkerung waren im Alter von

Altersklasse	1907	1925
unter 15	34,7	27,0
15—65	61,0	67,7
über 65	4,3	5,3

Wie bei den Frauen haben wir auch hier bei den Männern eine Abnahme der im Kindesalter stehenden Bevölkerung, die hier 1,291 Mill. beträgt und den Anteil der Jugendlichen an der männlichen Gesamtbevölkerung um 21,3% sinken läßt. Die absolute Zahl nahm um 13,7 Prozent ab. Die nicht mehr erwerbsfähige Bevölkerung stieg um über 400 000 Personen an, d. h. um 37,6%. Ihr Anteil veränderte sich um 23,3%. Die erwerbstätige männliche Bevölkerung erhöhte sich um 3,876 Mill. oder um 23,3%. Hier bei den Männern ist also eine gegenüber der Erwerbsfähigenzunahme geringere prozentuale Erwerbstätigenzunahme zu verzeichnen, denn die erwerbsfähige männliche Bevölkerung erhöhte sich um 23,9% bei einer Vermehrung ihres Anteils um 11,0%. Die nähere Erklärung dieser Diskrepanz wird uns die spätere Untersuchung über die Betriebsamkeit dieses Bevölkerungsteils geben müssen.

Auch bei den Männern ist der Grund für die absolute und relative Abnahme der jugendlichen Altersklasse in der verringerten Geburtenzahl in der Kriegs- und Nachkriegszeit zu erblicken, deren Ausmaß wir schon oben bei den Frauen kennen gelernt haben. Auch hier beruht wieder sowohl das Anwachsen der erwerbsfähigen Altersklassen als auch das der über 65jährigen Personen einesteils auf dem Einrücken besonders starker Geburtenjahrgänge in diese Altersschichten, zum anderen ebenfalls auf der sehr gebesserten Sterblichkeit. So erreichten von 100 000 lebendgeborenen männlichen Personen nach der Sterbetafel von 1924/25 84 469 das erwerbsfähige Alter gegenüber nur 75 189 nach der von 1910/11 und 72 007 nach der von 1901/10. Die Grenze des erwerbsfähigen Alters wurde 1924/26 von 52 715 Personen überschritten gegenüber 39 527 bzw. nur 36 079 unter den vorhergehenden Sterblichkeitsverhältnissen. Die näheren Auswirkungen dieser veränderten Lebensdauer auf das Angebot an Arbeitskräften werden wir im folgenden bei Behandlung der Gesamtbevölkerungsstruktur darlegen.

c) Die Gesamtbevölkerungsstruktur.

Betrachten wir zusammenfassend die Struktur der Gesamtbevölkerung, so erhalten wir bei einer Gesamtzunahme der Erwerbsfähigen um 9,213 Mill. oder 27,4% und einer solchen der Erwerbstätigen um 6,853 Mill. oder 27,2% folgende Tabelle der Altersklassen und ihrer Verschiebungen von 1907 bis 1925:

Von 100 der Gesamtbevölkerung waren im Alter von

Altersklassen	1907	1925
unter 15	34,3	25,8
15—65	61,0	68,5
über 65	4,7	5,7

Verursacht wurde diese Verschiebung der Gesamtbevölkerungsstruktur ebenso wie die der einzelnen Bevölkerungsteile durch das Absinken der Geburtenziffer und die Aenderung der Sterblichkeitsverhältnisse und damit zusammenhängend der Gestaltung der mittleren Lebensdauer. Beide Faktoren wirkten in dieser Richtung der Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Je nach der verschiedenen Stärke dieser Ursachen können auch verschiedene Wirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht eintreten. Wenn die erwerbsfähigen Altersklassen lediglich als Folge des Geburtenrückganges relativ zunehmen, bedeutet dies nur eine Ueberalterung des Volkskörpers, ohne daß dadurch die Kraft des menschlichen Lebens irgendeine Steigerung erfahren hätte. Der Anteil der älteren Altersklassen wird hier bis zu einem Punkte steigen, an dem sich die verringerte Geburtenhäufigkeit bis zu den höchsten Altersklassen durchgesetzt hat. Stabilisiert sich dann die Geburtenziffer, so stabilisiert sich auch der Bevölkerungsaufbau, der sodann den der Geburtenhäufigkeit entsprechenden Typ bei Verminderung der Gesamtbevölkerungszahl annimmt. Die günstigen Wirkungen, welche die starke Besetzung der mittleren Altersklassen durch den dann niedrigen Belastungskoeffizienten vorübergehend im Gefolge haben kann, verschwindet dann wieder. Hier tritt also nur vorübergehend eine Verbesserung der Erwerbstätigenziffer ein, der keine eigentliche Stärkung der produktiven Kräfte des Volkes gegenübersteht. Ganz anders sind nun die Wirkungen veränderten Altersaufbaus einer Bevölkerung, wenn diese durch eine Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse, Verlängerung der allgemeinen Lebensdauer, verursacht worden sind. Sowohl dann, wenn diese Besserung der Sterblichkeit in den jugendlichen Altersklassen eintritt, was eine Verstärkung der Zuwachsrate in das erwerbsfähige Alter zur Folge haben würde, als auch dann, wenn die Lebenserwartung der im produktiven Alter stehenden Personen eine Verbesserung erfährt, steigt die Spanne zwischen Geburt und Tod, und damit die Kraft des menschlichen Lebens. Die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, die sich hieraus ergeben, haben damit eine Verstärkung der absoluten Zahlen — die eine relative im Gefolge haben kann — zur Folge.

Beide Ursachen haben heute ihre Wirkung ausgeübt, und wir wollen nunmehr die der veränderten Sterblichkeitsverhältnisse genauer untersuchen und denen der veränderten Geburtenziffer im vorigen Abschnitt anfügen.

Wir gehen hier — dem Zweck der Arbeit entsprechend — auf die durch die Sterblichkeitsverhältnisse beeinflußte mittlere Lebensdauer ein, wobei uns besonders die der erwerbsfähigen Altersklassen interessiert, da hierdurch die für uns so bedeutsame Erwerbsdauererwartung zutage tritt.

Betrachten wir zuerst die Lebenserwartung, die besagt, wieviel Jahre im Durchschnitt eine Person eines bestimmten Lebensalters

noch zu erwarten hat, so erhalten wir für das männliche Geschlecht folgende Zahlen der uns hauptsächlich interessierenden Jahre.

Lebenserwartung.

Sterbetafeln	1891/1900	1901/10	1924/26 Jahre
im 0. Jahre	40,56	44,82	55,97 „
„ 15. „	45,31	46,71	51,00 „
„ 65. „	10,12	10,40	11,46 „

Aus dieser Tabelle ist die Steigerung der mittleren Lebenserwartung deutlich zu ersehen. Da wir für unsere Zwecke aber den Einfluß veränderter Sterblichkeit auf das Arbeitsangebot untersuchen wollen, kommt es für uns nicht so sehr auf die mittlere Lebenserwartung als darauf an, wie die im produktiven Alter durchschnittlich zu durchlebenden Jahre beeinflußt worden sind. In den obigen Zahlen aber ist die Verlängerung der unproduktiven Jahre mit eingerechnet.

Berechnen wir nun die Jahre, die eine erwerbsfähig gewordene männliche Person im produktiven Alter durchlebt, so erhalten wir folgende Zahlen, die für unsere Zwecke schon brauchbarer sind:

Im produktiven Alter durchlebte Jahre.

Männer.

1891/1900	1901/10	1924/26
40,5	41,5	43,5

Hiernach hat also eine erwerbsfähig gewordene männliche Person 1924/26 drei Jahre mehr im produktiven Alter zu durchleben als im Jahrzehnt 1891/1900. Diese Zahlen geben aber deshalb noch nicht den ganzen Einfluß der verbesserten Sterblichkeit wieder, da sie noch nicht die Wirkung berücksichtigen, welche durch den größeren Anteil der von den Geborenen in das produktive Alter gelangenden Personen ausgeübt wird. Denn mit der verbesserten Sterblichkeit steigt auch die Zuwachsrate der das 15. Lebensjahr erreichenden Personen. Bei den Männern beträgt dieser Anteil:

1891/1900	1901/10	1924/26
66,5	72,0	84,5

Die Kombination dieser beiden Zahlenreihen ergibt, wieviel Jahre im produktiven Alter eine männliche Person bei ihrer Geburt durchschnittlich zu erwarten hat. Diese Zahl stellt die „Erwerbsdauererwartung" dar. Darunter ist die Zahl der durchschnittlich in das produktive Alter fallenden Lebensjahre zu verstehen. Sie ist — um mit Platzer zu reden[9]) — „nicht identisch mit der Lebenserwartung in der Zeitspanne vom 0.—65. Lebensjahr, denn dabei würde die verschiedene Lebensdauer der im Alter unter 15 Jahren Gestorbenen das Ergebnis beeinflussen, während für eine Berechnung der von einem Menschen durchschnittlich zu erwartenden Arbeits-

[9]) Platzer, Erwerbsziffer a.a.O. S. 357/8.

jahre nur der Prozentsatz der im noch nicht erwerbsfähigen Alter Gestorbenen zu werten ist'.

Wir erhalten aus obigen Zahlenreihen folgende Entwicklung der Erwerbsdauererwartung für das männliche Geschlecht:

Erwerbsdauererwartung (Männer)		
1891/1900	1901/10	1924/26
26,9	29,9	37,0

Die Erwerbsdauererwartung für das männliche Geschlecht hat sich also von 1891/1900 bis 1924/26 um 10,1 Jahre erhöht. Von den 15,41 Jahren, die die Lebensdauer einer männlichen Person bei ihrer Geburt gestiegen ist, entfallen somit rund $^2/_3$ auf die erwerbsfähigen Jahre. Hieraus ergibt sich, daß nach den Sterblichkeitsverhältnissen 1924/26 bereits 80,8% von den Geborenen, die den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1901/10 unterworfen waren, genügen, um die Gesamtzahl der produktiv durchlebten Jahre der Bevölkerung und das Arbeitsangebot stabil zu halten. Durch die verbesserten Sterblichkeitsverhältnisse ist also ein Ausgleich zum Rückgang der Geburtenhäufigkeit geschaffen worden.

Veranschaulicht wird dies Ergebnis noch durch eine Berechnung des wirtschaftlichen Gesamtwertes der einzelnen Geburtengenerationen, in produktiven Jahren dargestellt, wie es Burgdörfer[10]) für das männliche Geschlecht getan hat.

Männer.

Sterbetafeln	1891/1900	1901/10	1924/26
Von 100 000 lebend geb. Knaben werden 15 Jahre	66 462	72 007	84 469
Produktive Lebensdauer eines 15-jährigen	40,54	41,50	43,58
Produktive Jahre von hunderttausend Lebendgeborenen	2,7 Mill.	3,0 Mill.	3,7 Mill.
Gesamtzahl der Geborenen in 1000	975	1 026	667
Gesamtzahl der produkt. durchlebten Jahre	26,3 Mill.	30,7 Mill.	24,7 Mill.

Hieraus ist deutlich zu ersehen, wie die Veränderung der Sterblichkeitsverhältnisse und der Geburtenhäufigkeit auf die Gesamtzahl der produktiv durchlebten Jahre wirken. Beachtet werden muß hierbei, daß die Sterblichkeitsverhältnisse 1924/26 sich bisher noch nicht in ihrer ganzen Stärke geltend machen konnten und daß die Geburtenziffern der Nachkriegsjahre auf das Arbeitsangebot erst in späterer Zeit wirken werden. Immerhin lassen diese Zahlen deutlich die Tendenz erkennen, denen die Angebotsseite des Arbeitsmarktes unterliegt. Auch der Einfluß wechselnder Betriebsamkeit hat dabei noch keine Berücksichtigung erfahren.

Betrachten wir nun in der gleichen Weise die Entwicklung der Erwerbsdauererwartung bei den Frauen, so erhalten wir folgende Ziffern:

[10]) Burgdörfer, Sterbetafeln a.a.O. S. 345 ff.

Lebenserwartung.

	1891/1900	1901/10	1924/26
im 0. Jahre	43,97	48,33	58,82
„ 15. „	47,47	49,00	52,47
„ 65. „	10,62	11,09	12,17

Auch hier haben wir zuerst zu berechnen, wieviel eine erwerbsfähig gewordene weibliche Person im produktiven Alter durchlebt.

Im produktiven Alter durchlebte Jahre.

1891/1900	1901/10	1924/26
41,7	42,5	44,4

Kombiniert mit dem größeren Anteil der in das produktive Alter gelangenden weiblichen Personen von

1891/1900	1901/10	1924/26
69,56	74,88	86,87

ergibt sich für das weibliche Geschlecht eine Erwerbsdauererwartung von

1891/1900	1901/10	1924/26
29,00	31,86	38,56

Für das weibliche Geschlecht ergibt sich somit eine Steigerung der Erwerbsdauererwartung um 9,56 Jahre. Auch hier entfällt annähernd $^2/_3$ der 14,85 Jahre betragenden Steigerung der Lebenserwartung einer Neugeborenen auf die produktiven Altersjahre.

Ebenso wie bei den Männern ist hier die Sterblichkeit nach den Tafeln von 1924—1926 noch nicht voll wirksam gewesen und die Geburtenziffern der Kriegs- und Nachkriegszeit noch ohne Einfluß. Auch die für die Frauen viel bedeutsamere Wandlung der Betriebsamkeit muß noch untersucht werden.

Zusammenfassend können wir sagen, daß für die gewaltige Steigerung der Erwerbsfähigen die Verbesserungen der Sterblichkeitsverhältnisse von ausschlaggebendem Einfluß gewesen sind, die unterstützt durch die starken Geburtenjahrgänge der Vorkriegszeit zu einer Steigerung der Erwerbsfähigen und -tätigen geführt haben, welche den Ausfall durch Kriegsverluste ausglich. Diese Einflüsse und der Rückgang der Geburtenhäufigkeit der Kriegs- und Nachkriegszeit führten zu einer Aenderung der Bevölkerungsstruktur, wie wir sie oben darstellten. Hierin dürfte auch, abgesehen von den gleich zu untersuchenden Einflüssen veränderter Geschlechterverteilung und Betriebsamkeit der Hauptgrund der weit über die eigentliche Bevölkerungsvermehrung hinausgehenden Steigerung der Erwerbstätigen und der der Erwerbsziffer von 45,7 auf 51,3 zu suchen sein. Erst in der Entwicklung nach 1925 treten dann die Einflüsse auch der sinkenden Geburtenziffer für die Erwerbstätigen zutage, die wir nachher untersuchen und in Vergleich zu der Erwerbstätigenentwicklung 1907 bis 1914 darstellen wollen.

3. Geschlechterverteilung.

Nicht nur die Veränderung der Bevölkerungsstruktur, sondern auch die Verteilung der Geschlechter auf die einzelnen Altersklassen übt einen Einfluß auf die Entwicklung des Erwerbstätigenangebots aus. Eine Bevölkerung, die einen bedeutenden Ueberschuß an Frauen im heirats- und damit erwerbsfähigen Alter hat, wird mit der durch die verminderten Heiratsaussichten des weiblichen Geschlechts erzwungenen Erwerbstätigkeit der Frauen auch eine erhöhte Erwerbstätigenzahl und Erwerbstätigenziffer haben, als dies bei normaler, ausgeglichener Geschlechterverteilung der Fall sein würde.

Betrachten wir nun die Geschlechterverteilung 1907 und 1925, so werden wir große Verschiebungen feststellen können. Durch die Kriegsverluste haben wir heute einen bedeutenden Frauenüberschuß, der besonders die erwerbsfähigen Altersklassen trifft. Während wir vor dem Kriege auf 1000 Männer im erwerbsfähigen Alter rund 1028 Frauen hatten, kommen nunmehr 1089 Frauen auf die gleiche Anzahl Männer. Die Besetzung der hauptsächlich in Frage kommenden Altersklassen mit Männern und Frauen — in 1000 — unterlag folgendem Wandel:

Altersklasse	1907 Männer	Frauen
25—30	2 240	2 206
30—40	3 790	3 798
	1925	
25—30	2 468	2 839
30—40	3 992	4 871

Die Zunahme in diesen Altersklassen betrug demnach im Zeitraum 1907/25:

Altersklasse	Männer	Frauen
25—30	228 164 (10,2%)	633 850 (28,7%)
30—40	201 669 (5,3%)	1 073 584 (28,3%)

Durch diese Entwicklung der Geschlechterverteilung und die Verarmung weiter Bevölkerungskreise durch Krieg und Inflation verschärft, stieg die Erwerbstätigkeit der Frauen dieser Altersklassen stark an. Sie betrug:

Altersklasse	1907	1925	(in 1000)
25—30	892	1 366	
30—40	1 316	1 925	

Somit waren von 100 der weiblichen Bevölkerung dieser Altersklassen erwerbstätig:

Altersklasse	1907	1925
25—30	40,5	48,1
30—40	34,7	39,5

Hier also in der veränderten Geschlechterverteilung haben wir neben dem Wandel des Bevölkerungsaufbaus einen weiteren Grund der

starken Erwerbstätigenzunahme zu erblicken, der allerdings in seiner Bedeutung weit hinter jene Ursache zurücktritt.

4. Die Betriebsamkeit.

Nach Behandlung der nur formellen Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen und der Gründe, die zu der tatsächlichen Steigerung im Altersaufbau und der Geschlechterverteilung liegen, gehen wir nun auf die durch Veränderung der Betriebsamkeit des deutschen Volkes verursachte Erwerbstätigensteigerung ein. Um erkennen zu können, ob eine verstärkte Beteiligung der einzelnen Bevölkerungsteile und Altersklassen an produktiver Wirtschaftstätigkeit stattgefunden hat, stellen wir — wieder getrennt nach Frauen und Männern — die Erwerbsätigenziffer im Ganzen und für die einzelnen Altersklassen einander gegenüber.

a) Frauen.

Vergleichen wir zuerst die sog. spezielle Erwerbstätigenziffer[11]), die uns angibt, welchen Prozentsatz der Erwerbsfähigen die Erwerbstätigen ausmachen, so erhalten wir für unsere beiden Vergleichsjahre folgende Ziffern:

Erwerbstätige in Proz. der Erwerbsfähigen.

	Frauen.
1907	50,03
1925	51,07

Hier in der speziellen Erwerbstätigenziffer und ihrer Steigerung von 1907 auf 1925 kommt zum Ausdruck, daß ein größerer Teil der an und für sich schon gestiegenen Erwerbsfähigen sich am Wirtschaftsleben aktiv beteiligte.

Zwar haben wir schon oben bei der Erörterung der nur auf formellen Ursachen beruhenden Erwerbstätigenzunahme darauf hingewiesen, daß ein Teil der Erhöhung, besonders bei den Frauen, keine tatsächliche, sondern nur eine rechnungsmäßige Zunahme darstellt; jedoch ist sicherlich zum größeren Teil eine wirkliche Zunahme der weiblichen Betriebsamkeit vorhanden, bedingt durch den Uebergang einerseits zahlreicher Tätigkeiten, die früher im Haushalt ausgeübt wurden — wie Backen, Plätten, Waschen etc. — in die Erwerbswirtschaft, wo sie zu besonderen Berufszweigen wurden und zu einer Entlastung der Hausarbeit und Freisetzung von Arbeitskräften führten, und andererseits bedingt durch die erschwerten Lebensbedingungen, die erhöhten Ansprüche und den Wandel in der Anschauung über die „Standesgemäßheit" außerhäuslicher Arbeit. Wenn auch im ersten Falle, bei Verlegung von Arbeiten aus dem Reiche des Haushalts in die außerhäusliche Erwerbswirtschaft, nicht in ganzem Umfange eine Steigerung der Arbeitsleistung des Volkes eingetreten ist, so hat dadurch doch eine Steigerung des Erwerbstätigenangebotes stattgefunden.

Stellen wir nun zwecks Vergleichs der Betriebsamkeit der Frauen die Erwerbstätigenzahlen für die einzelnen Altersklassen für 1907 und 1925 einander gegenüber, so erhalten wir folgende Tabellen.

[11]) Platzer, Steigerung a.a.O. S. 334 ff.

Frauen 1907 (in 1000)

Altersklasse	Anzahl	Erwerbstätige	Prozent
unter 14	8 869	122	1,4
14—16	1 107	642	58,0
16—18	1 071	783	73,1
18—20	1 055	781	74,1
20—25	2 375	1 473	62,0
25—30	2 206	892	40,5
30—40	3 798	1 316	34,7
40—50	2 927	1 086	37,1
50—60	2 182	823	37,7
60—70	1 489	458	30,7
über 70	806	125	15,5
Gesamt	27 884	8 501	30,5

Demgegenüber erhalten wir für 1925 folgende Zahlen:

Altersklasse	Anzahl	Erwerbstätige	Prozent
unter 14	7 302	93	1,3
14—16	1 280	665	52,0
16—18	1 321	952	72,1
18—20	1 285	994	77,4
20—25	3 086	2 091	67,8
25—30	2 831	1 366	48,1
30—40	4 871	1 925	39,5
40—50	4 041	1 541	38,1
50—60	3 046	1 135	37,3
60—65	1 147	362	31,9
65—70	876	208	23,7
über 70	1 129	146	12,9
Gesamt	32 214	11 478	35,6

Tabellen siehe: Bd. 402, III. S. 424.

Vergleichen wir die Zahlenergebnisse für diese beiden Jahre, so sehen wir, daß von 100 der weiblichen Gesamtbevölkerung im Jahre 1925 35,6 erwerbstätig waren gegenüber nur 30,5 im Jahre 1907. Bis zum 60. Lebensjahr gerechnet betrug der Prozentsatz der Erwerbstätigen 49,0 gegen 46,6 im Jahre 1907. Die Zahlen zeigen uns ferner, daß bei den Personen unter 14 Jahren sowohl eine Verringerung der absoluten Zahl der Erwerbstätigen als auch eine Abnahme des Anteils der Erwerbstätigen in dieser Altersklasse stattgefunden hat. Hier ist die Betriebsamkeit geringer geworden, und ferner wirkt sich bereits hier die Abnahme der Geburtenziffer auf das Arbeitsangebot aus. Entsprechend der stärkeren Besetzung der 14—18 jährigen Altersklassen hat hier eine absolute Erhöhung der Erwerbstätigen stattgefunden, ihr Anteil dagegen hat sich von 58,0 auf 52,0 bzw. 73,1 auf 72.1 verringert. Die Betriebsamkeit der weiblichen Personen hat sich demnach in den Altersklassen bis 18 Jahre verringert. Die gleiche Erscheinung finden wir bei den hohen Jahrgängen der über 50jährigen. Während diese Erscheinung bei den Jugendlichen auf die Notwendigkeit besserer Ausbildung zurückzuführen sein dürfte — längerer Schulbesuch, Besuch der Handelsschulen

etc. — eine Erscheinung, über die Mombert[12]) interessante geschichtliche Ausführungen gemacht hat, wodurch ein längeres Verbleiben in der Vorbereitung und späteres Eintreten in das Erwerbsleben verursacht worden ist, dürfte der Grund der Abnahme bei den höheren Altersklassen auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit gegenüber den jugendlichen und mittleren Altersklassen zurückzuführen sein, die zwangsweise zu einem früheren Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führte.

In allen anderen Altersklassen dagegen ist die Betriebsamkeit der weiblichen Personen gegenüber 1907 z. T. bedeutend gestiegen. Die besonders große Steigerung der im Jahre 1925 25—40 jährigen beruht, wie wir schon im vorigen Abschnitt erwähnten, auf der durch den Krieg verursachten anormalen Geschlechterverteilung.

Somit ist hier für die Frauen zu den in der veränderten Bevölkerungsstruktur und der Geschlechterverteilung liegenden Ursachen als letzter Grund für die Steigerung der Erwerbstätigen über den Zuwachs der Bevölkerungszahl hinaus noch die erhöhte Betriebsamkeit der Frauen als Erklärung heranzuziehen.

b) Männer.

Betrachten wir demgegenüber die Betriebsamkeit der Männer, so erhalten wir für 1907 und 1925 folgende spezielle Erwerbstätigenziffer:

1907	100,81
1925	100,31

Dabei fällt zuerst auf, daß für das männliche Geschlecht diese Ziffer über 100 liegt. Dies hat seinen Grund darin, daß die Gesamtzahl der Erwerbstätigen, d. h. auch derjenigen, die über 65 oder unter 15 Jahre sind, der als erwerbsfähig bezeichneten Bevölkerungsgruppe der 15—65 jährigen gegenüber gestellt wird. Ferner können wir aus den Zahlen entnehmen, daß die spezielle Erwerbstätigenziffer etwas abgenommen hat, daß also die Steigerung der allgemeinen Erwerbstätigenziffer und der Zahl der Erwerbstätigen wohl nur in den schon behandelten Ursachen zu suchen sein dürfte.

Stellen wir nun die Zahlen für die einzelnen Altersklassen der Männer einander gegenüber, so erhalten wir folgende Tabellen, die uns für die Untersuchung weitere Aufschlüsse geben werden.

Männer, 1907, (in 1000)

Altersklasse	Anzahl	Erwerbstätige	Prozent
unter 14	8 902	157	1,8
14—16	1 064	824	77,4
16—18	1 074	957	89,1
18—20	1 059	988	93,6
20—25	2 329	2 224	95,5
25—30	2 240	2 187	97,6
30—40	3 790	3 704	97,7
40—50	2 838	2 731	96,2
50—60	1 942	1 758	90,5
60—70	1 233	877	71,2
über 70	636	247	38,8
Gesamt	27 107	16 655	61,4

[12]) Mombert, Wandlungen a.a.O. S. 36 ff.

Demgegenüber erhalten wir für 1925 folgende Zahlen:

Männer, 1925, (in 1000).

Altersklasse	Anzahl	Erwerbstätige	Prozent
unter 14	7 497	123	1,7
14—16	1 307	947	72,4
16—18	1 338	1 190	88,9
18—20	1 385	1 203	93,6
20—25	3 065	2 911	95,0
25—30	2 468	2 400	97,2
30—40	3 992	3 893	97,5
40—50	3 713	3 597	96,8
50—60	2 915	2 695	92,4
60—65	1 039	820	79,7
65—70	740	455	61,6
über 70	848	298	35,1
Gesamt	30 197	20 531	68,0

Tabellen aus Bd. 402, III. S. 424.

Die Aenderungen, die hier im allgemeinen stattgefunden haben, sind gegenüber denen bei den Frauen unbedeutend. Dies findet seinen Grund darin, daß einer Steigerung der Männer am Erwerbsleben schon dadurch enge Grenzen gezogen sind, daß der erwerbsfähige Teil der Männer von jeher fast vollständig am Erwerbsleben teilgenommen hat. Die Steigerung der allgemeinen Erwerbstätigenziffer und der Zahl der Erwerbstätigen ist hier also im wesentlichen eine Folge des veränderten Altersaufbaus. Wir sahen ja auch, daß die spezielle Erwerbstätigenziffer sogar einen kleinen Rückgang aufzuweisen hatte. In allen Altersklassen geht die Betriebsamkeit der Männer über die der Frauen hinaus, da von diesen von vornherein ein Teil überhaupt keinen Beruf ergreift.

Wie bei den Frauen haben wir hier bei den Männern bei den unter 14jährigen einen relativen und absoluten Rückgang der Erwerbstätigen, der uns den Einfluß der schwachen Geburtenjahrgänge anzeigt. Auch hier ist die geringere prozentuale Beteiligung der 14—18jährigen auf die längere Vorbereitungszeit zurückzuführen. Daß trotzdem hier eine so bedeutend größere Beteiligung am Erwerbsleben stattfindet, dürfte mit darauf zurückzuführen sein, daß die männlichen Jugendlichen während der Lehrzeit von der Statistik bereits erfaßt werden, was bei den die Handelsschulen etc. besuchenden Frauen nicht der Fall ist.

Die höhere Beteiligung der 50—70jährigen dürfte eine Folge des härteren Existenzkampfes und der Verarmung der Bevölkerung sein. Die Zahlen, die für diese höheren Altersklassen angegeben sind, dürften noch nicht einmal das ganze Ausmaß des längeren Verweilens in Arbeit angeben, da die Ziffern durch den Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung und die Herabsetzung der Altersgrenze herabgedrückt erscheinen. Die Senkung der speziellen Erwerbstätigenziffer ist durch die ein wenig geringere Beteiligung der bis 40jährigen Männer verursacht worden, jedoch waren die Veränderungen der Betriebsamkeit der Männer zu gering, als daß sie einen Einfluß von nennenswerter Größe auszuüben vermochten.

5. Heeresverfassung.

Hier muß noch zum Schluß auf eine andere tatsächliche Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen hingewiesen werden, die weder in den Zahlen der Berufszählungen noch in der Erwerbstätigenziffer zum Ausdruck gekommen ist.

In den Berufszählungen werden die Heeresangehörigen als Erwerbstätige gezählt, obwohl sie während der Zugehörigkeit zum Heer nicht als im Wirtschaftsleben stehend angesehen werden können. Durch die durch den Versailler Friedensvertrag erzwungene Herabsetzung unserer Heeresstärke auf 100 000 Mann sind annähernd 700 000 Mann von der Dienstpflicht befreit worden, da die Etatstärke unseres Heeres im Jahre 1913 790 000 Mann betragen hat. Diese 700 000 Mann sind jetzt erst eigentlich erwerbstätig geworden oder entfalten doch ein Arbeitsangebot, wenn sie auch schon 1907 zu den Erwerbstätigen gezählt wurden. So ist also tatsächlich dadurch das Arbeitsangebot und die Erwerbsziffer noch etwas mehr gestiegen, als die Zahlen der Berufszählungen erkennen lassen.

Zusammenfassend können wir also sagen, daß die starke Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen um 27,2%, der nur eine Erhöhung der Bevölkerungszahl um 13,5% gegenübersteht, seine Hauptursache in dem veränderten Bevölkerungsaufbau findet, der wiederum durch Aenderung der Geburtenhäufigkeit und Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse verursacht worden ist. Als weitere Ursachen, von allerdings nur untergeordneter Bedeutung, wirkten — abgesehen von formalstatistischen Momenten — Aenderungen der Betriebsamkeit, der Geschlechterverteilung und der Heeresverfassung, von denen die letztere sich allerdings nicht in den Zahlen auswirkte.

D. Die Entwicklung der Nachzählungsjahre 1926/32.

Wenn wir so auch einen Ausgangspunkt der Arbeitsangebotsverhältnisse im Jahre 1925 und Vergleichsmöglichkeiten zu denen des Jahres 1907 gefunden haben, so bedarf es für eine Erörterung der Angebotsseite des Arbeitsmarktes von 1925 bis 1932 noch der Errechnung des von diesem Zeitpunkte an neu entstehenden Angebotes an Arbeitskräften und deren Gegenüberstellung zu dem der Jahre 1907 bis 1914.

Grundlage für diese Untersuchung bildet die Bevölkerung, wie sie uns in der Volkszählung vom 16. VI. 1925 vorliegt. Wie in dem Abschnitt „Methode der Untersuchung" bereits gesagt, wollen wir daraus die Bevölkerungsentwicklung bis 1932 unter Zugrundelegung der Sterbetafeln 1924/26 errechnen, um sodann mit Hilfe der durch die Berufszählungsergebnisse uns bekannten Erwerbsverhältnisse der einzelnen Altersklassen bei Männern und Frauen zu dem Erwerbstätigenangebot für die einzelnen Jahre zu gelangen. Es ist also an Hand der Sterbetafeln, die u. a. angeben, wieviel Ueberlebende einer Geburtenschicht von 100 000 in die einzelnen Altersjahre gelangen, der Prozentsatz der in jedem Lebensjahre Sterbenden errechnet, und

an die Bevölkerungszahlen der Volkszählungsergebnisse herangetragen worden. Hieraus ergibt sich, unter Hinzufügung der Neugeborenen, die nächstjährige Bevölkerungszahl und die Besetzung der einzelnen Altersklassen, die dann wiederum die Grundlage für die gleichartige Errechnung des folgenden Jahres bilden. So haben wir bis 1932 fortfahrend die Bevölkerung und den Bevölkerungsaufbau, nach Männern und Frauen getrennt, für die einzelnen Jahre unseres Untersuchungszeitraums errechnet. Kombiniert mit den Betriebsamkeitsverhältnissen der Berufszählungsergebnisse erhalten wir sodann das jeweilige Angebot an Arbeitskräften.

Beachtet werden muß hierbei jedoch, daß Aenderungen in der Betriebsamkeit, die in diesem Zeitraum eingetreten sein können, sich zahlenmäßig nicht feststellen lassen, da die genauen Unterlagen fehlen. Die errechneten Zahlen der Erwerbstätigen gelten also als Maximalandrangsziffern. Aenderungen der Betriebsamkeit, die besonders beim weiblichen Bevölkerungsteil durchaus erheblich sein können, bleiben demnach außer Betracht. Weitere Aenderungen könnten durch veränderte Sterblichkeitsverhältnisse hervorgerufen worden sein, auf die wir noch kurz eingehen werden. Ferner werden wir noch die Wanderungsbilanz und die Wanderarbeiter betrachten, da durch sie ebenfalls das Erwerbstätigenangebot beeinflußt wird.

Stellen wir somit die Erwerbsfähigenentwicklung und die des Erwerbstätigenangebots, auf diese Weise errechnet, summarisch für die Jahre 1925 bis 1932 dar, so erhalten wir folgende Tabellen:

Männer (in 1000).

Datum	Erwerbsfähige	Aenderung	Erwerbstätigenangebot	Aenderung
16. IV.				
1925	20 467		20 531	
		315		313
1926	20 782		20 844	
		306		306
1927	21 088		21 150	
		300		297
1928	21 388		21 447	
		263		247
1929	21 651		21 694	
		227		176
1930	21 878		21 870	
		— 16		— 48
1931	21 862		21 822	
		— 44		— 189
1932	21 818		21 633	

Aus diesen Zahlen ist deutlich die Entwicklung der männlichen Erwerbsfähigen und des von ihnen entfalteten Angebots an Arbeitskräften zu ersehen, die wir weiter unten noch näher betrachten wollen.

Demgegenüber entwickelte sich der erwerbsfähige Teil der weiblichen Bevölkerung und das von ihm ausgehende Arbeitsangebot so, wie wir es in der folgenden Tabelle zur Darstellung gebracht haben.

Frauen (in 1000).

Datum 16. VI.	Erwerbsfähige	Aenderung	Erwerbstätigenangebot	Aenderung
1925	22 278		11 487	
		285		133
1926	22 563		11 611	
		283		118
1927	22 846		11 726	
		272		96
1928	23 118		11 825	
		232		77
1929	23 350		11 902	
		202		— 37
1930	23 552		11 865	
		— 24		— 63
1931	23 528		11 802	
		— 69		— 125
1932	23 459		11 677	

Somit waren für die Jahre 1925/30 folgende Veränderungen im Gesamterwerbstätigenangebot zu verzeichnen:

1925/26	+ 446
1926/27	+ 424
1927/28	+ 393
1928/29	+ 324
1929/30	+ 139
1930/31	— 111
1931/32	— 314

Aus diesen Tabellen können wir ersehen, daß bis zum Jahre 1929/30 eine Steigerung des Gesamtangebots an Arbeitskräften stattgefunden hat, die im Durchschnitt dieser Jahre 345 000 erreichte und das Arbeitsangebot von 32,018 Mill. auf 33,735 Mill. erhöhte. Von diesem Zeitpunkt an können wir einen Rückgang des Erwerbstätigenangebots feststellen, der durch den Eintritt der schwachbesetzten Kriegsjahrgänge in das erwerbsfähige Alter verursacht worden ist und beim Eintritt der vorübergehend wieder stärkeren Nachkriegsjahrgänge in das produktive Alter wahrscheinlich wieder in einen Zuwachs umschlagen wird.

Hier kommt also die sinkende Geburtenhäufigkeit des deutschen Volkes erstmalig in einem Rückgang der absoluten Zahlen der Erwerbsfähigen und -tätigen zum Ausdruck. Die über dem Erwerbsfähigenrückgang liegende Senkung des Erwerbstätigenangebotes beruht darauf, daß zu den Erwerbsfähigen nur die 15—65 jährigen gezählt werden, die Erwerbstätigen sich aber auch aus den darunter und darüber liegenden Altersklassen rekrutieren, so daß die schwach besetzten Jahrgänge auf das Arbeitsangebot bereits zu einer Zeit einzuwirken vermögen, zu der sie noch nicht zu den Erwerbsfähigen gehören. Besonders kommen hier die 14jährigen in Betracht, bei denen uns die Betriebsamkeitstabellen eine 52- bzw. 72%ige Beteiligung am Erwerbsleben zeigen. Durch diese Entwicklung wird

die spezielle Erwerbsziffer der Männer unter 100 herabgedrückt. Der bei den Frauen früher einsetzende Rückgang der Erwerbstätigen findet seine Erklärung darin, daß einerseits die Beteiligung am Erwerbsleben bei den höheren Altersklassen eine nicht so hohe ist wie bei den Männern, — es fehlen also die Ausgleichsmöglichkeiten — anderseits aber wachsen Altersklassen, z. B. die 25- bis 30jährigen, in solche mit geringerer Beteiligung am Erwerbsleben hinein.

So haben wir im Jahre 1932 ein Arbeitsangebot von insgesamt 33,310 Mill. bei einer Bevölkerung von rund 65 Millionen. Die Erwerbstätigenziffer, die 1925 53,1 betragen hatte, erfuhr dadurch eine Verminderung auf 51,2.

Zu beachten ist hierbei, daß Aenderungen der Betriebsamkeit unberücksichtigt bleiben mußten. Wir wollen hier aber noch die Sterblichkeitsverhältnisse untersuchen, die besonders für die mittleren und höheren Altersklassen eine weitere Verbesserung erfahren haben. Dies bedeutet aber wiederum eine weitere Steigerung der Erwerbsdauererwartung und eine Erhöhung des Arbeitsangebotes, wie überhaupt die Steigerung der Erwerbstätigenzahl bis 1928 weniger durch die Zunahme aus den Reihen der Jugendlichen als durch die 25—40jährigen verursacht wurde. Die Zahl der in diesem Alter stehenden Männer stieg allein um ca. 650 000[13]). In den Jahren 1927—1931 starben 124 000 Personen „über ein Jahr" weniger als nach den Sterbetafeln 1924/26 zu erwarten gewesen wäre[14]). Von den 15—30jährigen starben in dieser Zeit 46 500 weniger und auch die Sterblichkeit der 30—60jährigen hat um 4,2% abgenommen. Hierdurch befanden sich rund 100 000 Personen mehr im Alter von 15—70 Jahren, als unserer Berechnung entspricht. Dadurch allein dürfte das Erwerbstätigenangebot wieder um ca. 60 000 erhöht worden sein, was auf die Erwerbstätigenziffer ebenfalls von Einfluß ist.

Nunmehr müssen wir noch den Einfluß betrachten, der von der Wanderungsbilanz auf das Erwerbstätigenangebot ausgeübt wird.

Nach Angaben des „Statistischen Jahrbuches" haben im Untersuchungszeitraum 325 000 Personen ihren Wohnsitz im Deutschen Reich aufgegeben, während in dieser Zeit 760 000 Personen eingereist sind. Eine Feststellung der Eingewanderten ist, laut Auskunft des Statistischen Reichsamtes, unmöglich, da genaue Unterlagen nicht vorhanden sind. Eine ungefähre Feststellung der Wanderungsbilanz ist aber an Hand der Bevölkerungszahlen von 1925 und 1933 möglich.

Wohnbevölkerung	Sa. in 1000	männl.	weibl[15])
am 16. VI. 1925	62 411	30 197	32 214
am 16. VI. 1933	65 189	31 662	33 526
somit Zunahme	2 778	1 456	1 312
Geburtenüberschuß	3 042	1 638	1 404
Wanderungsverlust	264	172	92

Diese Zahlen, die auch die Ein- und Auswanderungen des Jahres 1933 berücksichtigen, zeigen uns, daß wir einen Bevölkerungsverlust

[13]) Platzer, Steigerung a.a.O. S. 339.
[14]) Wirtschaft u. Statistik 1932 S. 623 ff.
[15]) Neues Bauerntum 1934, S. 43.

von ca. 220 000 Personen durch Wanderungen bis zum Jahre 1932 zu verzeichnen haben. Da von den Auswanderern ca. 80% den produktiven Altersklassen angehören, ergibt sich für uns ein Verlust an Erwerbsfähigen von rund

Männer	120 000	
Frauen	75 000	gleich 195 000

Personen. Das Angebot an Erwerbsfähigen dürfte sich hierdurch um ca. 150 000 verringert haben.

Betrachten wir zum Schluß unserer Untersuchung der Gestaltung des Erwerbstätigenangebots noch die Wanderarbeiter. Nach Berichten der „Deutschen Arbeiterzentrale" wurden Jahr für Jahr weniger Legitimationskarten für landwirtschaftliche Wanderarbeiter, die für ein Neuangebot an Arbeitskräften allein in Frage kommen, ausgestellt. Während im Jahre 1925 noch 136 844 Legitimationskarten ausgefertigt wurden, waren es 1932 nur noch 5 625. Da zudem von dieser Seite aus ein Angebot an Arbeitskräften nur von März bis September entfaltet worden ist, war die Entlastung des Arbeitsmarktes von dieser Seite aus von untergeordneter Bedeutung.

Zusammenfassend ist zur Entwicklung des Arbeitsangebotes von 1925 bis 1932 zu sagen, daß unter Berücksichtigung aller Faktoren das tatsächliche Erwerbstätigenangebot die von uns errechneten Zahlen ein wenig übersteigen dürfte. Vom Jahre 1925 bis 1932 fand somit eine Erhöhung des Arbeitsangebotes um rund 1,5 Millionen statt, d. h. um ca. 210 000 im Jahresdurchschnitt. Ob wir diesen Zugang als Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft betrachten dürfen, werden wir bei dem Vergleich mit dem Erwerbstätigenangebot in den Jahren 1907/14 erörtern.

E. Vergleich mit der Entwicklung 1907—1914.

Stellen wir nun zum Schluß der Entwicklung des Erwerbstätigenangebotes 1925/32 die von 1907/14 in summarischer Form gegenüber, so erhalten wir für diesen Zeitraum, auf das neue Reichsgebiet bezogen, folgende Zahlen:

Erwerbstätigenangebot.

Männer (in 1000)	
1907	16 655
1914	18 605
Frauen (in 1000)	
1907	8 503
1914	9 523

Somit erfuhr im Jahresdurchschnitt das Erwerbstätigenangebot von Seiten der Männer eine Erhöhung um 275 000, gegenüber einer solchen von Seiten der Frauen um 147 000. Das Gesamterwerbstätigenangebot erhöhte sich somit im Jahresdurchschnitt um rund 422 000.

Diese Zahlen, deren Errechnung die Sterblichkeitsverhältnisse von 1910/11 und die Betriebsamkeit von 1907 zugrunde gelegt worden sind, bedürfen noch der Ergänzung durch die sich durch die Wanderungsbilanz und die Wanderarbeiter ergebenden Einflüsse.

Während die Wanderungsbilanz im Durchschnitt dieser Jahre mit einem Passivsaldo von rund 20 000 Personen abschloß, die unter Berücksichtigung der Erwerbstätigenziffer von 1907 die Geringfügigkeit der höchstens zehntausend Erwerbstätige betragenden Aenderung unserer errechneten Zahlen dartut, wurden während dieser Jahre im Durchschnitt 400 000 Legitimationskarten für landwirtschaftliche Wanderarbeiter ausgestellt. Außer dem Erwerbstätigenangebot von über 400 000 war also die deutsche Wirtschaft in diesem Zeitraum noch in der Lage, eine recht beträchtliche Anzahl ausländischer Arbeiter für ein halbes Jahr aufzunehmen.

Ziehen wir den Vergleich mit der Zeit 1925/32, so finden wir, daß die Gestaltung des Erwerbstätigenangebotes in den ersten Jahren dieses Zeitraumes der Durchschnittszunahme der Vorkriegszeit entspricht, um im Durchschnitt des Gesamtzeitraumes doch erheblich zurückzubleiben. Hiernach wäre also das Neuangebot an Arbeitskräften hinter der Vorkriegszeit zurückgeblieben, so daß also auch die Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft nicht so groß gewesen wäre. Die Angebotsseite des Arbeitsmarktes scheint also keine Erklärung für die Dauerarbeitslosigkeit der Nachkriegszeit zu liefern.

Mit Recht weist aber Platzer[16]) im Gegensatz zu Zwiedeneck-Südenhorst[17]) darauf hin, daß man nicht, ausgehend von der geringen Arbeitslosigkeit der Jahre 1924—25 — in der also scheinbar die Wirtschaft ihrer Aufsaugeaufgabe genügt hatte —, nur den Neuanfall von Arbeitskräften von diesem Zeitpunkt an betrachten und danach die Aufgabe der Wirtschaft bemessen dürfe. Die Jahre 1924/25 wie auch die vorhergehenden Inflationsjahre standen unter dem Zeichen einer verdeckten Arbeitslosigkeit, die ihren Grund in unproduktiver Beschäftigung vieler Hunderttausender zu suchen hatte. Die Scheinkonjunktur der Inflationsjahre, die geringen Löhne in der ersten Zeit nach der Stabilisierung, die eine genaue Kalkulation nicht so notwendig erscheinen ließen, die Uebersetzung der Wirtschaft auf vielen Gebieten, ließen viele Menschen einer unproduktiven Beschäftigung nachgehen. Es sei dabei nur die Aufblähung der Banken, die Wohnungswirtschaft und der Altmaterialhandel erwähnt, die allein vielen Tausenden Beschäftigung gaben. Erst nach Beseitigung dieser verdeckten Arbeitslosigkeit und nach den Rationalisierungen der folgenden Jahre trat die Arbeitslosigkeit voll zu Tage. Das Arbeitsangebot war in den Jahren 1914 bis 1925 — wenn man sich so ausdrücken darf — aufgestaut, trat im Augenblick normaler Wirtschaftsverhältnisse erst in Erscheinung und fand nun nicht die komplementären Wirtschaftsfaktoren in einem Ausmaß vor, der diesem Zuwachs entsprach. Die Kriegs- und erste Nachkriegszeit stand im Zeichen einer äußerst geringen Kapitalbildung, ja vielleicht eher noch Kapitalvernichtung, während sich die Entwicklung des Erwerbstätigenangebotes ungehindert — wenn man von den Kriegsverlusten absieht — entwickeln konnte.

[16]) Platzer, Steigerung. a.a.O. S. 397.
[17]) Vierteljahrsh. f. Konj. Forsch. 1927. H. 1 S. 36.

Somit kommt für unsere Untersuchung auch nicht nur der Zuwachs an Arbeitskräften in Frage, der ab 1925 stattgefunden hat und der geringer ist als der der Vorkriegszeit, sondern auch der Teil des Zuwachses ab 1914, für den in der Zwischenperiode keine Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Würde man aber den Zuwachs 1914/32 zugrunde legen, so ergäbe sich ein Jahresdurchschnitt für 1925/32 von rund 650 000, eine Zahl, die deswegen schon kaum als zu hoch erscheinen dürfte, weil die Heeresverminderung allein fast 700 000 Arbeitskräfte freisetzte. Erschwerend fällt hierbei noch ins Gewicht, daß ein großer Teil dieses Zuwachses nicht nach und nach auftrat, sondern plötzlich anfiel und auf eine durch den Krieg und die Inflation kapitalentblößte Wirtschaft traf.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, der eine gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegene Aufsaugeaufgabe erkennen läßt, ist auch die im folgenden Teil zu behandelnde Ausstattung der Wirtschaft mit Kapital zu untersuchen.

III. TEIL.

Untersuchung der Nachfrageseite.

A. Das Objekt der Untersuchung.

Nachdem wir im vorhergehenden Abschnitt gesehen haben, wie sich die Angebotsseite des Arbeitsmarktes und damit die Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft in den Jahren 1925 bis 1932 gestaltet hat und die Unterschiede aufzeigten gegenüber der Zeit von 1907 bis 1914, wollen wir nunmehr zur Betrachtung der Nachfrageseite übergehen.

Wir stellten im ersten Teil der Arbeit bei der Analyse der Nachfrageseite bereits heraus, daß die Untersuchung der sie beeinflussenden Faktoren sich für uns auf die Frage der genügenden oder ungenügenden Kapitalbildung beschränken muß und kann, als des für die Gestaltung der Nachfrageseite ausschlaggebenden Faktors, in dem auch das Problem des Nahrungsmittelspielraums ebenso seinen Niederschlag findet, wie durch diesen Faktor der Ablauf der Konjunktur in maßgebender Weise beeinflußt wird.

Die Untersuchung beschränkt sich also auf den Nachweis ausreichender Kapitalbildung, d. h. darauf, ob vom Jahre 1925 ab eine Kapitalneubildung stattgefunden hat, groß genug, um mit ihrer Hilfe die durch das Ansteigen des Erwerbstätigenangebots notwendigen Arbeitsplätze schaffen zu können.

Konkret gesprochen wäre also die Frage die: wieviel Kapital ist im Durchschnitt pro Kopf des Erwerbstätigen notwendig, wobei dann die Multiplikation dieser Zahl mit dem uns ja nun bekannten Erwerbstätigenzuwachs die absolute Zahl der notwendigen Kapitalneubildung angeben würde. So war nach amtlichen Untersuchungen in England aus dem Jahre 1925 der schätzungsweise pro Kopf des Industriearbeiters benötigte Kapitalbetrag 400 Pfund = 8000 RM. Eine Schätzung des statistischen Reichsamtes für 1913 kam für Deutschland auf den Betrag von 6 500.— Mark, ein Betrag, der unter Berücksichtigung der höheren Industriealisierung im Jahre 1925 sich der englischen Schätzung annähern dürfte. Es dürfte wohl aber unbedenklich angenommen werden können, daß im Laufe unseres Untersuchungszeitraumes die notwendige Pro-Kopfquote sich noch erhöht hat, da die in dieser Zeit einsetzenden Rationalisierungen und das stärkere Wachstum der Produktionsmittelindustrien bei uns auch größere Kapitalinvestitionen erforderlich gemacht haben dürften. Um also sagen zu können, ob von Seiten der Kapitalbildung Gründe für unsere heutige Arbeitslosigkeit vorliegen können, wäre die tatsächliche Kapitalbildung der als notwendig erkannten gegenüberzustellen. Sodann wäre die Antwort gefunden.

Bevor wir nun zur Untersuchung der Kapitalbildung in den Jahren 1925 bis 1932, die wir der der Jahre 1907 bis 1914 vergleichsweise gegenüberstellen wollen, schreiten, haben wir uns zuerst über den Begriff des Kapitals, sowie über die Methode und Möglichkeiten der Erfassung der Kapitalbildung klar zu werden.

B. Begriff des Kapitals und Methode der Untersuchung.

Die einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Sachgüter werden ihrer Bestimmung und ihrem Verwendungszweck nach in die zur Konsumtion und die zur Produktion gewidmeten Güter eingeteilt. Der Teil der Sachgüter, der zur Produktion Verwendung findet, wird Kapital genannt und verkörpert sich in Fabriken, Maschinen, Werkzeugen, Transportanlagen, etc. Der Zuwachs an diesen Sachgütern innerhalb einer bestimmten Zeit wäre die Kapitalneubildung.

Die Erfassung des Kapitals und der Kapitalneubildung könnte demnach in der Weise vor sich gehen, daß alle der Produktion gewidmeten Sachgüter erfaßt und der Zuwachs dieses Sachgüterbestandes innerhalb unseres Untersuchungszeitraumes festgestellt wird. Die Feststellung dieses Sachgütervorrates stößt aber auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Nicht nur, daß eine Erfassung all dieser Güter bis in die letzten Verästelungen der Wirtschaft hinein eine technische Unmöglichkeit ist, es bringt auch die Frage der Bewertung dieser Güter — ihr notwendiger Ausdruck in Geldeinheiten als Maß ihrer Größe — und besonders die Bewertung zu verschiedenen Zeitpunkten zwecks Feststellung des Zuwachses und im Zusammenhang damit die Frage der Abschreibungen eine so große Unsicherheit in diese Methode, daß die so gewonnenen Resultate als kaum verwendbar erscheinen dürften.

Es bietet sich uns jedoch noch ein anderer Weg der Feststellung der Kapitalbildung. In der heutigen kapitalistischen Wirtschaft findet ein großer Teil der Kapitalbildung seinen Ausdruck in nominellen Formen, deren Erfassung durch Beobachtung ihrer Erscheinungsarten — Sparkasseneinlagen, Wertpapieremissionen etc. — möglich ist[18]). Dieses Kapital in seiner Gestalt als Besitztitel, Forderungsrecht, bezeichnen wir als Geldkapital. Dies wollen wir zu erfassen versuchen. Der Untersuchung liegt demnach ein Kapitalbegriff zugrunde, der den Geldcharakter des Kapitals betont und darunter mit Menger[19]) „die im gemeinen Leben effektiven der Erwerbswirtschaft gewidmeten oder durch der Erwerbswirtschaft gewidmetes Vermögen jeder anderen Art dargestellten Geldbeträge" versteht.

So wie der erste Weg der Untersuchung der Kapitalbildung durch Beobachtung der Güterseite große Schwierigkeiten mit sich bringt, als deren Hauptursachen wir die Unmöglichkeit der vollkommenen Erfassung, die Frage der Bewertung und Abschreibung, sowie die Schwierigkeit der Unterscheidung von produktiven und konsumtiven Anlagen herausstellen wollen, ist auch dieser zweite Weg mit Fehlern behaftet, der eine vollkommen exakte Erfassung der Kapitalbildung zur Unmöglichkeit werden läßt. Von den bei dieser Methode möglichen zwei Wegen der Untersuchung — Beobachtung der Summe der in Anspruch genommenen Kredite, d. h. Erfassung vom Schuldner aus oder von Seiten des Sparers aus, durch Beobachtung der gegebenen Kredite, also des Teils seines Einkommens, den er durch Enthaltsamkeit dem unmittelbaren Konsum entzog und der Produktion zuführte, — wollen wir diesen zweiten Weg einschlagen.

Wie schon gesagt, birgt auch diese Methode der Erfassung der zur Verfügung gestellten Kredite eine Anzahl Fehlerquellen in sich,

[18]) Keiser und Benning, a.a.O. S. 8.
[19]) Menger, a.a.O. S. 50.

deren Herausstellung geschehen muß, um die gewonnenen Resultate richtig werten zu können.

Zuerst ist zu betonen, daß auch diese Methode nicht in der Lage ist, alle Sparvorgänge zu erfassen, also notwendig unvollständig bleibt, da nur die Sparvorgänge einer statistischen Erfassung unterliegen, die den Geld- und Kapitalmarkt berühren. Nicht beobachtet werden hier also alle privaten Kapitalhingaben, so z. B. die Beteiligung des stillen Gesellschafters, private Hypothekenhingabe etc., ferner insbesondere die interne Kapitalbildung der Unternehmungen, d. h. die sog. Selbstfinanzierung, deren Umfang sehr erheblich ist.

Andererseits aber kommt es hier unvermeidlich zu Doppelzählungen, die das Bild der wirklichen Kapitalbildung verwischen und in jedem Falle eine exakte Bezifferung der Kapitalbildung ausschließen. Es kann sich demnach immer nur um die Feststellung einer Tendenz der Kapitalbildung an Hand der Symptome handeln, wie sie für uns in den Spareinlagen etc. gegeben sind. Die Beobachtung der Kapitalbildungstendenzen zu verschiedenen Zeiten gibt uns aber dann die Möglichkeit vergleichender Beurteilung ihrer Stärke, da die zu beiden Zeiträumen wirkenden Fehlerquellen sich in ihrem Einfluß gegenseitig aufheben. So werden wir die Kapitalbildung hier an Hand ihrer Symptome in den Jahren 1925/32 untersuchen, der der Jahre 1907/14 gegenüberstellen und durch Verbindung mit den im vorigen Teil der Arbeit herausgefundenen Aufsaugeaufgaben zu diesen beiden Zeitspannen zu einem Urteil über das genügende oder ungenügende Maß der Kapitalbildung in der Nachkriegszeit gelangen.

C. Die Symptome der Kapitalbildung.

Bevor wir die verschiedenen Symptome der Kapitalbildung einzeln untersuchen, wollen wir sie daraufhin betrachten, in welchem Maße sie zum Nachweis der Kapitalbildung geeignet erscheinen.

Nehmen wir zuerst die Spareinlagen der Sparkassen und Genossenschaften, so stehen sie als Symptome der Kapitalbildung an erster Stelle. Diese Einlagen sind zahlenmäßig fast genau erfaßbar und stellen in erster Linie reine Ersparnisse dar, d. h. also dem unmittelbaren Konsum entzogene Einkommensteile, die nun durch Vermittlung der Geldinstitute dem laufenden Produktionsprozeß als Kredite zur Verfügung gestellt werden. Wieweit hierbei Kredite zu Konsumzwecken gegeben werden, welcher Teil der Ersparnisse also auf diese Weise der Neukapitalbildung entzogen wird, entzieht sich aber der Beurteilung. Beachtet man aber die Tatsache, daß ein Teil der Sparkassenanlagen aus Gemeindeschuldverschreibungen bestehen muß, und daß nach dem Kriege die öffentlich-rechtlichen Körperschaften in großem Maße Kredite zu unproduktiven Zwecken aufgenommen haben, so dürfte man wohl mit der Ansicht nicht fehlgehen, daß von den heutigen Spareinlagen ein größerer Teil der eigentlichen Kapitalneubildung entzogen worden ist, als es vor dem Kriege der Fall war.

Im Gegensatz zu den Spareinlagen sind die Giroguthaben der Sparkassen und Genossenschaften kaum als Symptome der Sparkapitalbildung zu werten, da sie in erster Linie als Betriebskapital dienen, das zur Geschäftsabwicklung dauernd bereit gehalten werden muß. Immerhin können auch hierin Betriebsüberschüsse enthalten sein. Aus diesem Grunde können wir ihnen nicht entfernt die Bedeutung zumessen wie den Spareinlagen; jedoch sollen sie ebenfalls erwähnt werden.

Nächst diesen Spareinlagen bilden m. E. die Anlagen der Lebensversicherung und der Sozialversicherung ein gutes und bedeutsames Symptom der Kapitalbildung. Hier ist durch freiwillige oder erzwungene Abzweigung von Einkommensteilen Kapital gebildet und zur Uebernahme von Wertpapieren benutzt worden, die ohne diesen Sparvorgang so nicht hätten untergebracht werden können. Diese Anlagen stehen als Symptom in einer Reihe mit den Spareinlagen.

Hierzu tritt als neuer Faktor die Kapitalbildung hinzu, die im Wege der Hauszinssteuer vor sich geht. Die durch diese Steuer, die als Ausgleichssteuer vom bebauten und durch die Inflation entlasteten Grundbesitz gedacht ist, aufgebrachten Mittel wären bei freier Wohnungswirtschaft und ohne diese Belastung in die Hände der Hausbesitzer gelangt und hätten dort zur Kapitalbildung Verwendung finden können. Als Kapitalbildung ist der Teil dieses Steueraufkommens zu werten, der zu Hauszinssteuerhypotheken verwandt worden ist.

Sodann haben wir als weiteres Symptom den Emissionsmarkt zu betrachten. Hierbei ist aber zu beachten, daß gerade an dieser Stelle der Untersuchung Doppelzählungen in größerem Umfange stattfinden. Denn die durch die Emissionsstatistik erfaßten begebenen Wertpapiere aller Art können nur dann untergebracht werden, wenn zu ihrer Uebernahme genügend Sparkapital gebildet worden ist. Dies ist aber in besonderem Maße bei den Sparkassen, Versicherungen etc. der Fall, deren Anlagen zu einem großen Teil aus Wertpapieren bestehen. Der Emissionsmarkt wird also z. T. durch diese Institute alimentiert; was hier als Anlage erscheint, wird bei der Begebung noch einmal erfaßt. Hierauf muß an dieser Stelle hingewiesen werden, wenn sich auch diese Fehler beim Vergleich der Kapitalbildungstendenz zu verschiedenen Zeiten aufheben.

Als weiteren Faktor haben wir noch die Kreditoren der Banken zu untersuchen, wobei wir uns auf die der Berliner Großbanken beschränken wollen, die als symptomatisch für die Entwicklung auch der Kreditoren der anderen Banken angesehen werden können. Die Kreditoren umfassen sämtliche Guthaben, die bei den Banken unterhalten werden. Von ihnen kommen für unsere Untersuchung die „Einlagen auf provisionsfreier Rechnung", d. h. die Depositen in Betracht, die den Banken mit Kündigung zu vereinbarter Zeit zur Verfügung gestellt werden — Termingelder — sowie die „Sonstigen Kreditoren", unter denen Giro-, Scheck- und Kontokorrentguthaben geführt werden. Hier sind außer Betriebsgeldern auch Betriebsüberschlüsse vorhanden, die als Sparkapitalien anzusehen sind. Diese beiden Posten sind ab 1928 zu „Sonstige Kreditoren" zusammengefaßt, während vor 1914 eine Aufteilung der Kreditoren zum Teil nicht stattgefunden hat. So sollen die Kreditoren hier trotz ihres

verschiedenen Charakters zur Untersuchung der Kapitalbildung herangezogen werden, wenn sie auch nicht auf gleicher Stufe mit den Spareinlagen, Kapitalanlagen der Versicherungen etc. stehen.

Als letzten Faktor haben wir die Auslandsanleihen zu untersuchen, die zwar keine nationale Kapitalbildung darstellen, aber ebenfalls zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch die durch sie ermöglichte Einfuhr von Realkapitalien gedient haben können. Inwieweit sie der deutschen Wirtschaft wirklich zugeflossen sind, inwieweit sie produktive Verwendung gefunden haben, bleibt der späteren Untersuchung vorbehalten.

1. Die Spareinlagen.

a) Sparkassen.

Betrachten wir nunmehr die Spareinlagen und untersuchen zuerst die der Sparkassen, so finden wir folgende Entwicklung vor:

Sparkasseneinlagen (in Mill.)

1907	13 921	1925	1 693
1908	14 553	1926	3 182
1909	15 672	1927	4 839
1910	16 782	1928	7 205
1911	17 822	1929	9 313
1912	18 679	1930	10 752
1913	19 689	1931	10 123
1914	20 509	1932	10 180
Zuwachs	6 588		8 487

Hiernach ist der Einlagenbestand, der durch die Inflation nahezu vollständig vernichtet worden war — 1924 betrug er 100 Goldmillionen — bis 1932 wieder auf 10 Milliarden angewachsen. Diese Zahlen bedürfen aber mehrerer Korrekturen. In den Zahlen nach 1925 sind auch die Aufwertungsbeträge enthalten, die nicht als Kapitalbildung angesehen werden können, da in ihnen lediglich eine teilweise Korrektur der durch die Inflation eingetretenen Wertverschiebungen zu erblicken ist. Sie sind demnach zu eliminieren. Auch dürfte die Entwicklung der Spareinlagen nach 1930 kein richtiges Bild der Entwicklung geben, da durch die Kreditkrise des Jahres 1931 starke Abzüge der Sparkapitalien verursacht worden sind, die den eigentlichen Ablauf nicht erkennen lassen. Es soll aus diesem Grunde nur die Entwicklung bis 1930 zur Grundlage unserer Untersuchung über das Maß der Kapitalbildung gemacht werden. Wir erhalten dann für diese Zeit — unter Berücksichtigung der Aufwertungsbeträge, die bis 1930 rund 500 Millionen betragen haben — einen Kapitalzuwachs von 8 723 Mill., dessen Verteilung auf die einzelnen Jahre unsere nächste Tabelle angeben wird. Da aber der Geldwert in unserem Untersuchungszeitraum nur ca. $^2/_3$ des Vorkriegswertes ausmachte[20]), werden wir auch die Spareinlagen noch in Vorkriegs-

[20]) Wirtschaft u. Statistik 1931, S. 399.

wert angeben, der für uns allein für einen Vergleich in Betracht kommen kann.

Aber auch die Spareinlagen der Vorkriegszeit bedürfen der Korrektur, müssen von den Beträgen bereinigt werden, die auf die abgetretenen Gebiete entfallen. Betrachtet man das Sparaufkommen der einzelnen Provinzen, so entfallen auf die heute nicht zum deutschen Reich gehörenden Gebiete ca. 10%, ein Satz, der auch später bei den anderen Berechnungen zugrunde gelegt werden soll.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände erhalten wir folgende Zahlen des Zuwachses:

Zuwachs der Spareinlagen (in Mill.)

				$^2/_3$
1907/08	569	1925/26	1 485 =	990
1908/09	1 007	1926/27	1 657 =	1 104
1909/10	999	1927/28	2 275 =	1 516
1910/11	936	1928/29	1 903 =	1 268
1911/12	777	1929/30	1 403 =	936
1912/13	909	—	—	—
1913/14	738	—	—	—
1907/14	5 930	1925/30	8 723 =	5 814

Hiernach haben wir in den Jahren 1907 bis 1914 einen Durchschnittszuwachs von 848 Mill., in den Jahren 1925 bis 1930 einen solchen von 1 162 Mill. pro Jahr zu verzeichnen.

Um die Stärke der Kapitalbildungstendenz besser sehen zu können, werden wir später den Einlagezuwachs der Spareinlagen bei Sparkassen und Genossenschaften im Jahre 1912/13 = 100 setzen und auf dieser Grundlage einen Index aufstellen, der die Tendenz deutlich hervortreten lassen wird.

Während hier die Zahlen der Spareinlagen bei den Sparkassen eine Kapitalbildung erkennen lassen, die unter Beachtung aller Faktoren eine über den Umfang der Vorkriegszeit hinausgehende Kapitalbildung anzudeuten scheinen, scheint bei den Giroguthaben eine Sparkapitalbildung nicht vorzuliegen. Deren Steigerung von 811 auf 1 108 Mill. von 1925 auf 1932 dürfte auf einer mit Ausdehnung der Geschäftstätigkeit notwendigen Erhöhung beruhen. Eine Beeinflussung der Giroguthaben durch die Kreditkrise ist nicht feststellbar. Eine Gegenüberstellung dieser Zahlen mit denen der Vorkriegszeit ist deshalb nicht möglich, weil die Sparkassen erst 1908 die passive Scheckfähigkeit erlangt haben. Lediglich für das Jahr 1913 sind für Preußen Giroguthaben in Höhe von 64,8 Mill. getrennt ausgewiesen.

b) Genossenschaften.

Betrachten wir nunmehr die Spareinlagen bei den Genossenschaften, so erhalten wir für unsere Vergleichsjahre die in untenstehender Tabelle aufgeführten Zahlen, die für folgende Genossenschaftsverbände gelten:

Gewerbliche Kreditgenossenschaften, bestehend aus: „Deutscher Genossenschaftsverband", der aus dem „Allgemeinen Verband" und dem „Hauptverband" hervorgegangen ist; ferner

Landwirtschaftliche Genossenschaften, bestehend aus: „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften", entstanden aus: „Reichsverband" und „Generalverband" und

Konsumgenossenschaften, bestehend aus dem Zentralverband, der auch den „Reichsverband der deutschen Konsumvereine in sich aufgenommen hat.

Wir erhalten summarisch für diese Genossenschaftsverbände folgende Zahlen für die Spareinlagen:

Spareinlagen (in Mill.).

		bereinigt			ohne Aufwert.
1907	2 288	2 060	1925	548	548
1908	2 455	2 210	1926	1 057	1 007
1909	2 609	2 349	1927	1 603	1 503
1910	3 000	2 700	1928	2 332	2 182
1911	3 231	2 908	1929	2 966	2 766
1912	3 557	3 202	1930	3 186	2 936
1913	3 729[21])	3 357	1931	2 913	2 613
1914	3 901	3 511	1932	2 577	2 227
1907/14		+ 1 451	1925/32		+ 1 679

Diese Zahlen lassen für den Zeitraum 1907 bis 1914 einen Zuwachs der Spareinlagen um 1 451 Mill. erkennen, wobei wir wieder für die abgetretenen Gebiete 10% abgesetzt haben. Die Zunahme 1925/32 beträgt 2 577 Mill. Auch hier müssen die Aufwertungsbeträge abgesetzt werden. Im Gegensatz zu den Sparkassen, für die wir genaue Angaben über die aufgewerteten Beträge haben, fehlen solche Angaben für die einzelnen Genossenschaften. Während für die gewerblichen Genossenschaften angegeben ist[22]), daß für die Aufwertung der Spareinlagen 288,4 Mill. zurückgelegt worden sind und für die der Konsumgenossenschaften ca. 50 Mill. in Frage kommen, fehlen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften solche Angaben vollkommen. Es sind deshalb hier Aufwertungsbeträge für unsere Jahre von 350 Mill. als Schätzung zugrunde gelegt worden, die wir gleichmäßig auf alle Jahre — gleich 50 Millionen pro Jahr — verteilt haben. Dieser schätzungsweise Aufwertungsbetrag ist jedoch eher zu niedrig als zu hoch bemessen. Der Grund für diese fehlenden Angaben der Aufwertungsbeträge bei den Genossenschaften dürfte darin zu suchen sein, daß sie nach dem Aufwertungsgesetz zur Aufwertung nicht verpflichtet waren. Unter Berücksichtigung dieser schätzungsweisen Aufwertungsbeträge erhalten wir hier bis 1932 einen Zuwachs der Spareinlagen von 1 679 Mill. Da wir auch hier — aus oben angeführten Gründen — nur die Entwicklung bis 1930 als maßgebend für die Tendenz der Kapitalbildung ansehen können, erhalten wir folgende Zahlen für den jährlichen Zuwachs an Spareinlagen, wobei wir wiederum in der zweiten Spalte für 1925—1930 den Geldwert berücksichtigt haben, der nur $^2/_3$ des Vorkriegswertes beträgt und für 1907/14 die bereinigten Zahlen angeben.

[21]) Etwas geringere Zahlen im Stat. Jahrbuch 1933.
[22]) Jahrb. d. deutsch. Gen. Verbandes 1927 S. 27.

	Zuwachs der Spareinlagen.				$^2/_3$
1907/08	150		1925/26	459	306
1908/09	139		1926/27	494	330
1909/10	351		1927/28	679	452
1910/11	208		1928/29	584	390
1911/12	294		1929/30	170	114
1912/13	155		—	—	—
1913/14	154		—	—	—

Wie bei den Sparkasseneinlagen, so können wir auch hier bei den Spareinlagen der Genossenschaften eine gegenüber der Vorkriegszeit ziffernmäßig stärkere Zunahme beobachten. Die Entwicklung der Einlagen in laufender Rechnung dagegen scheint kaum für eine Kapitalbildung zu sprechen. Von 1907 bis 1914 stiegen diese Einlagen von 255 auf 467 Millionen, von 1925 bis 1932 von 376 auf 533 Millionen. Auch hier scheint die Kreditkrise ohne größeren Einfluß gewesen zu sein, was unsere Vermutung, daß es sich hier hauptsächlich um Betriebsgelder handelt, bestätigt.

Betrachten wir nunmehr den Gesamtzuwachs an Spareinlagen bei Sparkassen und Genossenschaften, die gleichwertige Symptome der Sparkapitalbildung darstellen, so erhalten wir folgende bereinigte Ziffern, denen wir — um die Entwicklung besser erkennen zu lassen — einen Index anfügen, bei welchem der Zuwachs der Jahre 1912/13 = 100 gesetzt worden ist.

Gesamtzuwachs der Spareinlagen.
(in Mill.)

	Zuwachs	Index		Zuwachs	Index
1907/08	719	68,8	1925/26	1 296	124,3
1908/09	1 146	109,5	1926/27	1 434	137,1
1909/10	1 350	128,9	1927/28	1 968	188,1
1910/11	1 244	118,9	1928/29	1 658	158,6
1911/12	1 066	101,9	1929/30	1 050	100,4
1912/13	**1 046**	**100,—**	—	—	—
1913/14	892	85,2	—	—	—

Aus dieser Gegenüberstellung ist deutlich zu ersehen, daß die Kapitalbildung 1925 bis 1930 über der der Vorkriegszeit liegt. Aber erst nachdem wir die anderen Symptome der Kapitalbildung untersucht und sodann alle graphisch dargestellt haben werden, werden wir uns über die Stärke der Kapitalbildungstendenz ein Bild machen können, die wir sodann in der Zusammenfassung am Schluß zur Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft wertend in Beziehung setzen müssen.

2. Die Kapitalanlagen der Versicherungen.

a) Lebensversicherungen.

Als weiteres Symptom der Kapitalbildung wollen wir nunmehr die Entwicklung der Kapitalanlagen der Versicherungen untersuchen, von denen wir zuerst die der privaten und öffentlichen Lebensver-

sicherungen betrachten wollen. Hier wird ebenso wie bei den Spareinlagen eine Bereinigung der Zahlen der Vorkriegszeit durch Reduzierung auf den Gebietsstand von 1925 vorgenommen werden, wie auch die der Nachkriegszeit dadurch eine Korrektur erfahren müssen, daß wir die Aufwertungsbeträge in Abzug bringen und den Geldwert berücksichtigen.

Die Kapitalanlagen der privaten und öffentlichen Versicherungen von 1907 bis 1914 nahmen folgende Entwicklung:

Kapitalanlagen.

		Zuwachs	bereinigt
1907	3 882		
		202	182
1908	4 084		
		259	234
1909	4 343		
		292	263
1910	4 635		
		297	268
1911	4 932		
		306	276
1912	5 238		
		410	369
1913	5 648		
		230	207
1914	5 878		

Demgegenüber erhalten wir für 1925/32 folgende Zahlen:

Kapitalanlagen.

		Zuwachs	bereinigt
1925	340		
		133	88
1926	473		
		879	586
1927	1 352		
		265	176
1928	1 617		
		333	222
1929	1 950		
		417	278
1930	2 376		
		514	342
1931	2 881		
		338	226
1932	3 219		

Hierbei sind die Aufwertungsbeträge bereits berücksichtigt worden, die bei den privaten Lebensversicherungen nach den „Statistiken über die der Reichaufsicht unterliegenden Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen" bis 1932 rund 470 Mill. betrugen, während sie bei den öffentlichen Lebensversicherungen mit

ca. 40 Millionen anzusetzen sind. Der Zuwachs der Vorkriegszeit betrug also pro Jahr rd. 260 Mill., während er nach dem Kriege rd. 275 Mill., auf den gleichen Gebietsstand bezogen, betrug. Der Zuwachs ist ziffernmäßig demnach fast gleich groß.

b) Sozialversicherung.

Betrachten wir nun das Reinvermögen der Sozialversicherung, das zu fast 100% in Hypotheken, Grundschulden und Wertpapieren und Darlehn an das Reich, die Länder und Gemeinden besteht, wobei wir die Krankenversicherung (ohne Ersatzkassen), Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung der Untersuchung zugrunde legen wollen, so erhalten wir für die Vorkriegszeit folgende Zahlen:

Reinvermögen (in Mill.).

		Zuwachs	bereinigt
1907	1 977		
		107	96
1908	2 084		
		287	259
1909	2 371		
		150	135
1910	2 521		
		142	128
1911	2 663		
		212	191
1912	2 875		
		339	305
1913	3 214[23])		
		329	296
1914	3 543		

Demgegenüber erhalten wir für 1925/32 folgende Zahlen, bei denen die Aufwertungsbeträge bereits abgesetzt sind:

Reinvermögen (in Mill.).

		Zuwachs	bereinigt
1925	1 333		
		531	354
1926	1 864		
		612	408
1927	2 476		
		771	514
1928	3 247		
		634	422
1929	3 881		
		616	410
1930	4 497		
		— 34	
1931	4 463		
		— 22	
1932	4 441		

[23]) Angestelltenvers. tritt hinzu.

Wie die Zahlen erkennen lassen, liegt hier bei der Sozialversicherung der Zuwachs des Reinvermögens erheblich über dem der Vorkriegszeit, was mit darauf zurückzuführen sein dürfte, daß nach dem Kriege der Kreis der Versicherungspflichtigen eine Erweiterung erfahren hat. Die Aufwertungsbeträge, die hier abgesetzt worden sind, waren sehr gering. Während in den „Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung" bei der Unfallversicherung nur von nicht nennenswerten Aufwertungsbeträgen gesprochen wird[24]) und für die Krankenversicherung überhaupt keine Angaben gemacht werden, finden sich für die Invalidenversicherung Angaben über Aufwertungsbeträge von ca. 90 Millionen vor, zu denen noch die geringen Beträge treten, die in den „Berichten des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte" angegeben sind. Die gesamten Aufwertungsbeträge bei der Sozialversicherung dürften 120 Millionen nicht überschreiten.

Betrachten wir hier wiederum den gesamten Zuwachs der Kapitalanlagen bei den Lebensversicherungen und der Sozialversicherung, der als gleichwertiges Symptom der Kapitalbildung angesehen werden kann, so erhalten wir die in untenstehender Tabelle angegebenen Zahlen, wobei wir bei Aufstellung des Index wieder den Zuwachs des Jahres 1912/13 = 100 gesetzt haben.

Gesamtzuwachs der Kapitalanlagen.
(in Mill.)

		Index			Index
1907/08	278	42,7	1925/26	442	65,6
1908/09	493	73,1	1926/27	994	147,4
1909/10	398	59,0	1927/28	690	102,3
1910/11	396	59,0	1928/29	644	95,5
1911/12	467	69,0	1929/30	688	102,1
1912/13	**674**	**100,0**	—	—	—
1913/14	503	74,6	—	—	—

Aus dieser Gegenüberstellung ist deutlich zu ersehen, daß die Kapitalbildung der Nachkriegszeit z. T. nicht unerheblich über der der Vorkriegszeit gelegen hat. Diese Tendenz der Kapitalbildung wird noch die unten folgende graphische Darstellung verdeutlichen.

3. Die Hauszinssteuerhypotheken.

Als zusätzlicher Faktor der Kapitalbildung der Nachkriegszeit tritt noch das Aufkommen der Hauszinssteuer hinzu, soweit dieses zur Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken Verwendung gefunden hat.

Nach den auf Schätzung beruhenden Angaben aus „Wirtschaft und Statistik"[25]) betrugen die für diesen Zweck verwandten Mittel bis 1930 4 560 Millionen, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Jahre verteilten.

[24]) Amtl. Nachrichten 1928, H. 12, S. 18.

Hauszinssteuerhypotheken.
(in Mill.)

		bereinigt
1925	460	306
1926	720	546
1927	850	566
1928	840	560
1929	845	562
1930	845	562

Die hierin liegende Kapitalbildung, die in Vorkriegswert ca. 3 Milliarden ausmacht, tritt zu der bisher beobachteten Kapitalbildung hinzu, ohne daß hier Vergleichsmöglichkeiten für die Vorkriegszeit vorhanden sind. Wir erörterten aber bereits unter C., weshalb wir diesen Faktor der Kapitalbildung nicht vernachlässigen dürfen.

4. Emissionen.

Betrachten wir nunmehr die Wertpapieremissionen, deren Bedeutung im Rahmen der anderen Symptome der Kapitalbildung wir schon erörtert haben, so erhalten wir für unsere Untersuchungszeiträume folgende Zahlen, denen wir in der zweiten Spalte die bereinigten Werte anfügen, sowie einen Index, dessen Grundlagen dem der früheren Indices entspricht.

Emissionen
(in Mill.)

		bereinigt	Index
1907	2 573	2 316	109,4
1908	3 876	3 489	164,9
1909	3 507	3 150	149,2
1910	2 757	2 483	117,4
1911	2 734	2 461	116,3
1912	3 398	3 059	144,5
1913	**2 351**	**2 116**	**100,0**
1914	2 721	2 449	115,7
1925	1 736	1 158	54,7
1926	4 567	3 044	143,8
1927	4 279	2 852	134,8
1928	4 244	2 830	133,7
1929	2 664	1 776	84,0
1930	3 481	2 320	109,4
1931	1 973	1 316	62,2
1932	973	648	30,6

Diese Zahlen der begebenen Wertpapiere zeigen uns, daß die Emissionen der Vorkriegszeit fast durchweg über denen der Nach-

[25]) Wirtschaft u. Statistik 1931 S. 617.

kriegszeit gelegen haben. Hier scheint also, ganz unabhängig von der Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft zu unseren beiden Vergleichszeiträumen, eine geringere Tendenz in der Kapitalbildung zu Tage zu treten. Dies wird auch in der graphischen Darstellung zum Ausdruck kommen.

5. Die Bankkreditoren.

Als letzten Faktor der nationalen Kapitalbildung bleibt uns nun noch die Untersuchung der Bankkreditoren vorbehalten, wobei wir schon oben darauf hinwiesen, daß diesem Symptom nicht entfernt die Bedeutung zugemessen werden kann, wie den bereits untersuchten. Wir werden daher nur für unsere Hauptvergleichsjahre die Zahlen und dann den Durchschnittszuwachs pro Jahr angeben. Untersucht worden sind hier die Kreditoren folgender Berliner Großbanken:

Deutsche Bank,
Diskontogesellschaft,
Dresdner Bank,
Darmstädter u. Nationalbank,
Commerzbank,
Berliner Handelsgesellschaft,

zu denen nach dem Kriege noch die Reichskreditgesellschaft tritt, während vor dem Kriege noch die später fusionierten und in obige Banken aufgegangenen Institute wie „Mitteldeutsche Kreditbank" u. a. zur Untersuchung herangezogen worden sind.

Für diese Bankinstitute erhalten wir folgende Zahlen:

Kreditoren (in Mill.).

1907	3 439	1925	4 428
1914	5 119	1930	8 355

Der bereinigte Vorkriegszuwachs der Kreditoren betrug pro Jahr im Durchschnitt 220 Mill. Da aber für die ersten Jahre dieses Untersuchungszeitraums eine Eliminierung der „Sonstigen Kreditoren", die, wie wir sahen, sich aus den „Einlagen auf provisionsfreier Rechnung" und Giro-, Scheck- und Kontokorrentguthaben zusammensetzen, nicht möglich ist, erscheint der Kreditorenbestand am Anfang zu hoch, der Durchschnittszuwachs also zu klein. Für die Jahre 1925 bis 1932 erhalten wir einen Durchschnittszuwachs von 520 Mill. pro Jahr. Der Durchschnittszuwachs liegt also beträchtlich über dem der Vorkriegszeit. Zu beachten ist aber hierbei, daß sich unter den Kreditoren der Nachkriegszeit auch Beträge befinden können, die aus Auslandsanleihen stammen, später also noch einmal erscheinen werden.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände wird man sagen können, daß auch hier von Seiten der Kreditoren eine über der Vorkriegszeit liegende Tendenz der Kapitalbildung zu Tage zu treten scheint, wenn auch das Gewicht dieses Symptoms im Vergleich zu den anderen bedeutend geringer ist.

7. Die Auslandsanleihen.

Außer diesen bisher behandelten Symptomen der nationalen Kapitalbildung, müssen wir nun noch die Kapitaleinfuhr betrachten, die nach dem Kriege einen außerordentlichen Umfang angenommen hat. Betrachten wir zuerst die Kapitaleinfuhr ganz unabhängig davon, inwieweit sie der deutschen Wirtschaft wirklich zugeflossen ist, so erhalten wir folgende Zahlen der Auslandsverschuldung Deutschlands für den Juli 1931, den Monat des Ausbruchs der Kreditkrise.

Auslandsverschuldung.

Kurzfristige Kredite	13,1 Milliarden
Langfristige Kredite	10,7 Milliarden

Die Kapitalverschuldung und damit Kapitaleinfuhr Deutschlands betrug somit bis zu diesem Zeitpunkt 23,8 Milliarden. Wir betonten aber bereits unter C., daß für uns nur die Kapitaleinfuhr in Betracht kommen kann, die der deutschen Wirtschaft zugeflossen ist, also zur Schaffung von Arbeitsplätzen hat Verwendung finden können. Wir müssen demnach den Betrag in Abzug bringen, der zur Bezahlung der Tribute verwandt worden ist, denn hier steht der Auslandsverschuldung keine Einfuhr von Realkapitalien gegenüber, vielmehr handelt es sich hier nur um eine Privatisierung der Reparationsverpflichtungen durch Verschiebung der Gläubigerrolle auf die Anleiheinhaber. Eine Schätzung dieses der deutschen Wirtschaft überhaupt nicht zugute gekommenen Betrages finden wir in dem „Bericht des auf Empfehlung der Londoner Konferenz vom Jahre 1931 ernannten Ausschusses", dem sog. Layton-Bericht. Diese Schätzung, die wir in der Anlage II dieses Berichtes wiederfinden, wollen wir hier zugrunde legen.

Herkunft und Verwendung der Kapitaleinfuhr nach Deutschland von 1924—1930 in Höhe von 18,2 Mrd.

(in Mrd.)

Herkunft.

Langfristige Auslandsanleihen	8,3
Nettoerhöhung der kurzfristigen Bankschulden seit 1926	2,5
Ueberschuß der feststellbaren Effektenverkäufe über die Käufe seit 1926	1,—
Andere feststellbare Kurzkredite	1,—
Verschiedene Posten	5,4
Sa.	18,2

Verwendung.

Passivsaldo der Warenhandelsbilanz	6,3
Zinsen	2,5
Reparationen	10,3
Gold und Devisen (+ an Gold, — an Devisen)	2,1
Sa.	21,2
Davon ab: Eingänge aus Dienstleistungen	3,—
Sa.	18,2

Aus diesem Bericht ausländischer Sachverständiger geht hervor, daß über 10 Milliarden der Kapitaleinfuhr Deutschlands der deutschen Wirtschaft niemals zugeflossen sind.

Setzen wir diesen Betrag ab, so ergibt sich nur eine Kapitaleinfuhr von ca. 13 Milliarden, die einem Vorkriegswert von ungefähr 9 Milliarden entspricht.

Fernerhin ist zu beachten, daß ein großer Teil der Auslandsverschuldung in kurzfristigen Krediten besteht, die ihrem Wesen nach zu Investitionen nicht in Betracht kommen. Tatsächlich sind sie aber z. T. bekanntlich langfristig angelegt worden, wenn zahlenmäßige Angaben hierüber auch nicht gemacht werden können. Zum anderen Teil haben sie als Betriebsgelder Verwendung gefunden, und erhöhten — wie schon erwähnt — die Bankkreditoren.

Beachtet man fernerhin, daß ein großer Teil der Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand zugeflossen ist, deren unproduktive Ausgaben in der Nachkriegszeit bekannt sind, so müssen weiter beträchtliche Abzüge gemacht werden, da für uns nur die Summen in Betracht kommen, die zur Erstellung von Arbeitsplätzen Verwendung gefunden haben.

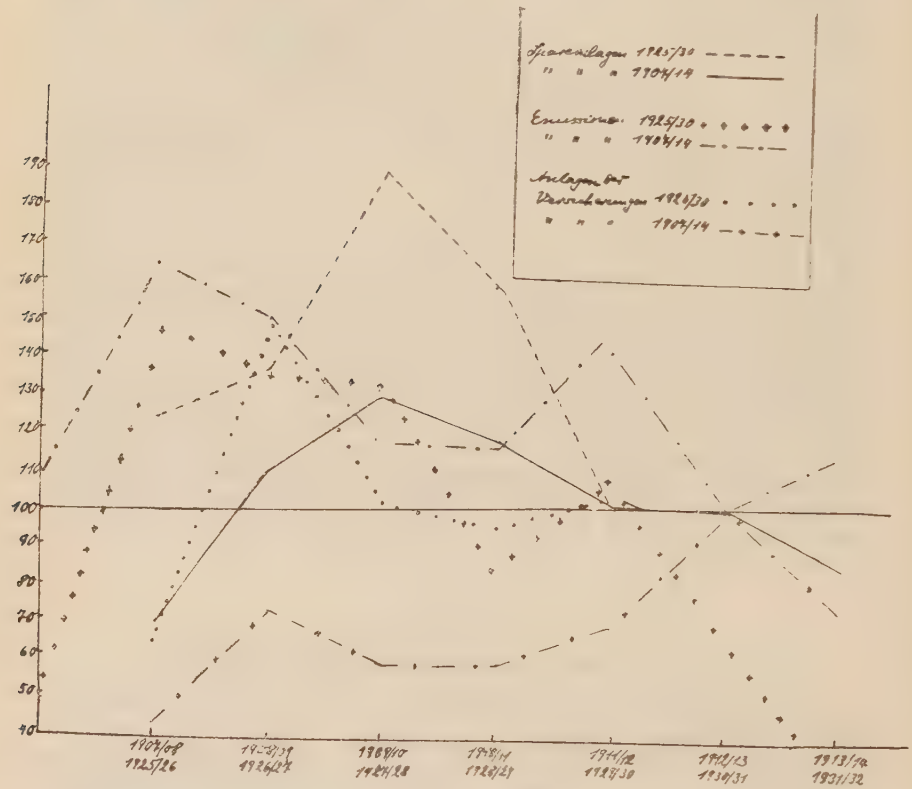
Nach der Erhebung der Anmeldestelle für Auslandsschulden vom 28. Februar 1933 entfielen von den langfristigen Auslandsschulden auf Banken, Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft und sonstige Schuldner 6,4 Milliarden[26]), die einen Vorkriegswert von ca. 4,3 Mrd. repräsentieren. Es darf wohl angenommen werden, daß dieser Betrag zur Kapitalausstattung Verwendung gefunden hat. Auf den gleichen Schuldnerkreis entfielen von den kurzfristigen Auslandsschulden 7,4 Mrd., von denen nicht angegeben werden kann, welcher Teil dieses einen Vorkriegswert von ca. 5 Mrd. darstellenden Betrages zur Investition Verwendung gefunden hat. Die durch Kapitaleinfuhr ermöglichte Schaffung von Arbeitsplätzen liegt demnach weit unter dem Ausmaß, den die Auslandsverschuldung anzuzeigen scheint.

7. Vergleich der Kapitalbildung 1907/14 u. 1925/30.

Betrachten wir hier noch einmal zusammenfassend die Stärke der Kapitalbildungstendenzen in unseren beiden Vergleichszeiträumen, die wir an Hand der graphischen Darstellung auf S. 58 verfolgen können, so stellen wir für das Symptom „Spareinlagen" fest, daß die Kapitalbildung in den ersten Jahren nach der Stabilisierung unserer Währung über der der Vorkriegszeit zu liegen scheint, eine Feststellung die — wie auch bei anderen Symptomen — noch nichts über das genügende oder ungenügende Ausmaß der Kapitalbildung besagt, die erst im Zusammenhang mit der Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft getroffen werden kann. Vom Jahre 1928 ab nimmt der Spareinlagenzuwachs beständig ab, um bereits im Krisenjahr 1929/30 unter den der Vorkriegszeit zu sinken. Der Durchschnittszuwachs der Spareinlagen liegt um ungefähr 38% über dem der Vorkriegszeit.

[26]) Statistisches Jahrbuch 1933, S. 496.

Auch das Symptom „Anlagen der Versicherungen", zeigt eine stärkere Tendenz der Kapitalbildung gegenüber der Vorkriegszeit an, wobei aber schon oben darauf hingewiesen wurde, daß die Kapitalbildung der Versicherungen in der Vorkriegszeit dadurch geringer erscheint, daß die Angestelltenversicherung erst 1912 hinzugekommen ist. Die Tendenz der Nachkriegszeit erscheint also überhöht. Immerhin wird man sagen können, daß sich die hier zum Ausdruck kommende Kapitalbildung der durch den Spareinlagenzuwachs repräsentierten annähert.



Im Gegensatz zu diesen beiden Symptomen zeigt die die Wertpapierbegebungen anzeigende Kurve einen Verlauf, der fast durchweg eine geringere Tendenz der Kapitalbildung in der Nachkriegszeit erkennen läßt, die aber bei Hinzuziehung der begebenen Hauszinssteuerhypotheken sich der Vorkriegstendenz zum mindesten angleichen dürfte.

Auch die Zunahme der Kreditoren zeigt nach den Zahlen eine stärkere Tendenz der Kapitalbildung an, wobei nochmals darauf hingewiesen werden soll, daß dieses Symptom zum Nachweis der Kapitalbildung weniger geeignet erscheint, als die bisher untersuchten Symptome. Hierbei wird das Anwachsen der Kreditoren in der Nach-

kriegszeit noch durch die aus Auslandskrediten stammenden Guthaben beeinflußt.

Somit scheint die nationale Kapitalbildung im Deutschland der Nachkriegszeit über der der Vorkriegszeit zu liegen, zu der noch die Kapitaleinfuhr tritt, deren für uns bedeutsames Ausmaß wir oben gesehen haben. Um nun sagen zu können, ob die Kapitalbildung der Nachkriegszeit in Deutschland das zur Schaffung der notwendigen Arbeitsplätze genügende Ausmaß erreichte, müssen wir sie zum Schluß unserer Arbeit zur Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft wertend in Beziehung setzen.

Das Ergebnis der Arbeit.

Nachdem wir im zweiten Teil unserer Arbeit gesehen haben, wie sich die Aufsaugeaufgabe der deutschen Wirtschaft in den Jahren 1925 bis 1932 gestaltete, und im vorhergehenden Abschnitt sahen, in welchem Maße in diesem Zeitraum eine Kapitalausstattung stattgefunden haben dürfte, wollen wir nunmehr zur Beantwortung der von uns aufgeworfenen Frage — woraus ist die Dauerarbeitslosigkeit der Nachkriegszeit zu erklären — schreiten, indem wir die Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft zu der Kapitalbildung wertend in Beziehung setzen.

Festgestellt wurde von uns, daß das Angebot an Erwerbstätigen in der Vorkriegszeit sich im Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1914 um 400 000 Personen erhöhte. Wir wissen ferner, daß in diesen Vorkriegsjahren von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden kann. Die Wirtschaft hat also in dieser Zeitspanne der an sie herantretenden Aufsaugeaufgabe genügt. Die Kapitalbildungstendenz der Vorkriegsjahre, die sich hierdurch als ausreichend erweist, ist nun mit der der Nachkriegszeit unter Beachtung der Aufsaugeaufgabe zu vergleichen.

Wir stellten im vorhergehenden Abschnitt fest, daß die Kapitalbildungstendenz der Jahre 1925/30, die wir als Normaljahre betrachteten, über der der Vorkriegszeit zu liegen scheint und dies besonders, wenn man die doch erhebliche Kapitaleinfuhr beachtet. Eine nicht zu unterschätzende Minderung der durch diese Kapitalbildung ermöglichten Schaffung von Arbeitsplätzen ist aber darin zu sehen, daß in großem Ausmaß von der öffentlichen Hand Kapitalien für unproduktive Zwecke in Anspruch genommen worden sind und daß ferner auch dadurch Kapitalvernichtungen größeren Ausmaßes stattfanden, daß Fehlinvestitionen der Privatindustrie vorgenommen wurden. Hierdurch dürfte der der wirklich produktiven Verwendung zugeflossene Betrag sehr verringert worden sein. Aber auch unter Beachtung dieser Faktoren scheint der der Wirtschaft zur Verfügung stehende Betrag noch über der der Vorkriegszeit zu liegen, wenn auch genauere Angaben hier unmöglich gemacht werden können.

Setzt man nun zu dieser die Aufsaugefähigkeit der Wirtschaft darstellenden Kapitalbildung die Aufsaugeaufgabe in Beziehung, so darf man wohl aus folgenden Gründen als wahrscheinlich annehmen, daß die Aufsugeaufgabe über die Fähigkeit der Wirtschaft, Menschen

dauernd in den Arbeitsprozeß einzugliedern, hinausgegangen ist. Gegenüber der Vorkriegszeit war der Zuwachs an Erwerbstätigen — wie wir oben gezeigt haben — bedeutend stärker. Während er dort 400 000 Personen betragen hat, kamen auf das Jahr unseres Untersuchungszeitraumes ungefähr 650 000 neue Erwerbstätige, eine Erscheinung, die wir auf die veränderte Bevölkerungsstruktur und das durch den Krieg aufgestaute Erwerbstätigenangebot zurückführten. Die mangelnde Kapitalbildung oder sogar Kapitalvernichtung der Kriegszeit aber bedingte eine bedeutend stärkere Kapitalbildung, als sie vor dem Kriege ausreichend gewesen wäre. Es sei in diesem Zusammenhang nur an den durch mangelnde Bautätigkeit während des Krieges verursachten Wohnungsmangel erinnert. Dieser aufgelaufene Bedarf an Wohnräumen mußte nun plötzlich befriedigt werden. Welche Anforderungen hierdurch an die Wirtschaft gestellt wurden, kann man daraus ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß vor dem Kriege im Jahresdurchschnitt eine Milliarde in neuen Häusern investiert wurde.

Aber nicht nur dieser aufgestaute Bedarf und das größere Angebot an Erwerbstätigen kennzeichnen die gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend höhere Aufsaugeaufgabe der Wirtschaft, diese wird noch weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß durch die stärkere Industrialisierung heute ein größerer Kapitalbetrag auf den Kopf des Erwerbstätigen fallen dürfte, als es vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Fernerhin ist aber zu beachten, daß die Notwendigkeit stärkeren Exports — verursacht durch die Einengungen des Nahrungsmittelspielraumes und die auf Deutschland ruhenden Tributlasten — ebenfalls einen erhöhten Kapitalbedarf schafft, wie wir weiter oben ausführten.

Wir kommen daher zu der Schlußfolgerung, daß die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit in Deutschland, zu einem Teil wenigstens, auf das außerordentlich starke Anwachsen der Erwerbstätigen gegenüber der Vorkriegszeit zurückzuführen sein dürfte, die die Wirtschaft nicht fähig war, in den Arbeitsprozeß dauernd einzugliedern.

Literaturverzeichnis

Baldauf, E.: Die Frauenarbeit in der Landwirtschaft, Diss. Kiel 1932.

Beckmann: Bevölkerung und Nahrungsmittelspielraum in Deutschland in: Deutsche Wirtschaftszeitung 1930, 562.

Beyer, J: Der Einfluß der durch den Weltkrieg veränderten Wirtschaftsbedingungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Diss. Göttingen 1930.

Bortkiewicz, L.: Sterblichkeit und Sterbetafeln in: Handwörterb. der Staatswissenschaften, Jena 1911.

Briefs, G.: Bevölkerungsbewegung und Arbeitsmarktentwicklung in: Harms, Strukturwandlungen 1928, I.

Burgdörfer, Fr.: Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 in: Allg Stat. Archiv. 1925/26 Bd. 15.

— Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung seit dem Kriege in: Allg. Stat. Archiv 1922/3 Bd. 13.

— Die neuen deutschen Sterbetafeln und ihre Lehren in: Ergebnisse d. sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge, Leipzig 1930. Bd. II.

— Bevölkerungsentwicklung u. Wirtschaft in: Deutsche Wirtschaftszeitung 1928, 1013, 1042.

— Die gegenwärtige bevölkerungspolitische Lage in Deutschland und ihre Gefahren. in: Deutsche Wirtschaftszeitung 1930, 555.

Bericht der Reichkreditgesellschaft: Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1927/28. Berlin 1929.

Dix, A.: Die Abhängigkeit der Wirtschaftsstruktur von der Bevölkerungsstruktur in Deutschland in: Der Volkswirt 1930, 31.

Fresemann: E. J.: Untersuchungen über die Kapitalbildung in Deutschland seit Stabilisierung der Währung. Diss. Münster 1929.

Griebenow, W.: Symptomatologie der Kapitalbildung. Diss. Greifswald 1931.

Gumbel, E. J.: Lebenserwartung u. mittleres Alter der Lebenden in: Allg. Stat. Arch. 1925/6 Bd. 15.

— Die Versuche eines mathematischen Gesetzes der Bevölkerungszunahme in: Allg. Stat. Arch. 1916. Bd. 9.

Helfferich, K.: Deutschlands Volkswohlstand 1888/1912. Berlin 1913.

Keiser u. Benning: Kapitalbildung u. Subventionen in der deutschen Volkswirtschaft 1924/28 in: Vierteljahrshefte f. Konjunkturforschung 1931. Sonderheft 22.

Kleczynski, J., Ueber die Berechnung der Bevölkerung zwischen den Zähljahren in: Statist. Monatsschrift Wien V. u. IX. Jahrg.

Krebs, J.: Die Entwicklung der Genossenschaften von 1889 bis 1919. Berlin 1919.

Kuczynski, R.: Die deutschen Auslandsanleihen seit 1924 in: Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik 194, III.

Mayr, G. v.: Zur Systematik der Bevölkerungsstatistik in: Allg. Stat. Arch. 1922/3 Bd. 13.

Menger, K.: Zur Theorie des Kapitals in: Conrads Jhrb. NF. 17.

Moeller, H.: Rationalisierung und Arbeitslosigkeit in: Weltwirtschaftl. Arch. 1931, H. 2.

Mombert, P.: Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland in: Weltwirtschaft, 1930. S. 291.

— Bevölkerung und Arbeitsmarkt in: Weltwirtschaftl. Arch. 1932. S. 165.

— Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung und ihr Einfluß auf den Arbeitsmarkt. Kölner Industriehefte 17.

— Wandlungen in der Lebensdauer u. im Altersaufbau der Bevölkerung in: Jhrb. f. Nat. u. Stat. 1933. Bd. 134.

— Bevölkerungslehre. Jena, 1929.
— Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsgestaltung. Leipzig 1932.
Most: Bevölkerungswissenschaft. Berlin 1927.
Müller, E.: Die Bewegungen der deutschen Bevölkerung im Reiche im Jahrzehnt 1914/24. Diss. Münster, 1925.
Müller, J.: Deutsche Bevölkerungsstatistik. Jena, 1926.
— Theorie und Technik der Statistik, Jena, 1927.
Nawratzki, C.: Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem unter bes. Berücksichtigung der Landwirtschaft. Berlin, 1930.
Obst, G.: Geld-, Bank- u. Börsenwesen, Stuttgart, 1920.
Oppenheimer, Fr.: Weltprobleme der Bevölkerung in: Weltwirtschaftliche Vorträge u. Abhandlungen 1919, H. 1.
Platzer, H. J.: Die Steigerung der Erwerbsziffer in Deutschland in: Jhrb. f. Nat. u. Stat. III. F. Bd. 80.
— Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt. in: Schriften d. Ges. z. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1927, H. 9.
Rintelen: Deutschlands Bevölkerungsentwicklung und Nahrungserzeugung. Münster 1932.
Röpke, W.: Die sozialpolitische Bedeutung des abnehmenden Bevölkerungsüberschusses. Magazin d. Wirtschaft 1930.
Vogel, E. H.: Die territorialen u. bevölkerungspolitischen Veränderungen Deutschlands durch den Friedensvertrag. 1928.
Vogt, A.: Anleitung zur Berechnung von Bevölkerungszahlen in: Zeitschr. f. Schweizerische Statistik, Berlin 1894. 30. Jhrg.
Woytinsky, W.: Der deutsche Arbeitsmarkt in der Krise in: Schmollers Jhrb. 1933, Ihrg. 57.
Zahn, Fr.: Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in: Hirths Analen Jhrg. 1910/11.
Zizek, Fr.: Grundriss der Statistik. München 1921.
Zwiedeneck-Südenhorst: Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Zeitschriften, Jahresberichte etc.

Allg. Statistisches Archiv.
Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes.
Der Arbeitgeber.
Archiv f. Soziale Hygiene u. Gesundheitsfürsorge. Deutsches Bauerntum.
Berichte des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.
Gewerkschaftsarchiv.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften.
Hirths Annalen d. deutschen Reichs.
Jahresberichte der Deutschen Bank.
„ „ Disconto Gesellschaft.
„ „ Darmstädter u. Nationalbank.
„ „ Commerz u. Privatbank.
„ „ Dresdner Bank.
„ „ Mitteldeutschen Creditanstalt.
„ „ Reichskreditgesellschaft.
„ „ Berliner Handelsbank.
„ „ Schaffhausener Bankverein.
Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik.
Jahrbücher des deutschen Genossenschaftsverbandes.
„ „ Hauptverbandes dtsch. gewerblicher Genossenschaften e.V.
„ „ Verbandes der Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften.
„ „ Generalverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften Raiffeisen.
„ „ Reichsverbandes d. landwirtschaftlichen Genossenschaften.
„ „ Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.
„ „ Reichsverbandes dtsch. Konsumvereine.

Magazin der Wirtschaft.
Der deutsche Oekonomist.
Reichsarbeitsblatt.
Schriften des Vereins für Sozialpolitik.
Schriften des Vereins zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Schmollers Jahrbücher f. Gesetzgebung, Verwaltung.
Zeitschrift für Schweizerische Statistik.
Soziale Praxis.
Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft.
Statistische Monatsschrift.
Statistische Jahrbücher.
Statistik des deutschen Reichs.
Veröffentlichung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung.
Versicherungsstatistik über die unter Reichsaufsicht stehenden Unternehmungen.
Vierteljahrshefte d. Instituts f. Konjunkturforschung.
Der Volkswirt.
Weltwirtschaft.
Weltwirtschaftliches Archiv.
Wirtschaft u. Statistik.
Deutsche Wirtschaftszeitung.

Lebenslauf.

Ich, Werner Noack, wurde am 5. Januar 1903 in Posen als Sohn des Fabrikbesitzers Paul Noack und seiner Ehefrau Marta, geb. Schöpke, geboren. Ich besuchte in Bromberg und Berlin-Schöneberg die Oberrealschule bis Obersekunda und trat darauf in das Unternehmen meines Vaters ein, in dem ich über zwei Jahre kaufmännisch und praktisch tätig war. Darauf beschloß ich das Abiturium nachzuholen und legte nach privater Vorbereitung und einem einhalbjährigen Besuch der Hindenburg-Oberrealschule Lichterfelde-W. im Frühjahr 1924 das Reifeexamen ab. Ich studierte sodann an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin Jura und Volkswirtschaft und besuchte die Vorlesungen der Herren Professoren Sering, Bernhard, Cunow, Meerwarth, Leubuscher, Smend, Wolff, Titze, Goldschmidt, Nußbaum, Heymann, Kipp und Triepel. Mein Studium, das ich besonderer Verhältnisse wegen mehrfach unterbrechen mußte, setzte ich 1931 an der Handelshochschule Berlin fort, an der ich die Vorlesungen der Herren Professoren Eulenburg, Leitner, Nicklisch, Mellerowicz, Briefs, Palyi und Hirsch besuchte. Im Herbst 1932 legte ich hier mein Diplom-Kaufmann-Examen mit „Gut" ab. Sodann nahm ich an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an den Uebungen und Vorlesungen der Herren Professoren G. Jahn und Muhs und an denen von Herrn Dr. Jecht teil. Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit empfing ich von Herrn Prof. Dr. Jahn, dem ich hier für die liebenswürdige Unterstützung bei Anfertigung der Arbeit meinen Dank aussprechen möchte.

Am 28. Juni 1934 bestand ich in Halle das Rigorosum mit dem Prädikat „cum laude".